



Wahrheit, welche Wahrheit?

Die Bundestagswahl ist seit einiger Zeit vorbei, eine neue Regierung gibt es noch nicht. Dafür aber eine neue Partei, die nur knapp den Einzug ins Parlament verfehlt hat. Dieses DISS-Journal wirft einen Blick auf europafeindliche und rechtspopulistische Organisationsversuche, auf rassistische Stimmungen in Duisburg sowie auf kommunale Handlungsansätze gegen Rechts. Wir weisen außerdem darauf hin, dass die zeithistorische Forschung einen größeren Beitrag zur Erforschung der extremen Rechten leisten könnte.

Der DISS-Journal-Schwerpunkt „Demokratie und/oder Kapitalismus?“ beschäftigt sich mit der Vertrauenskrise der repräsentativen Demokratie im Hinblick auf die aktuellen demokratietheoretischen Debatten im Spannungsfeld zwischen autoritären und scheinbar liberalen Politikansätzen. Der Frage nach den Gestaltungsspielräumen einer Demokratisierung stellen sich die Beiträge zum neoliberalen Charakter, zum Paradox der Zeitoptimierung und zum Neoliberalismus. Dass es nicht so einfach ist mit der Wahrheit und einem ethisch begründeten Wahrsprechen, ist ebenfalls Thema dieser Ausgabe.

Aus dem Inhalt

Zum Bundestagswahlkampf der NPD

Topografie der rassistischen Stimmungen

Lokal denken, lokal handeln?

Demokratie und / oder Kapitalismus

Der neoliberale Charakter

Die lokale Macht des Neoliberalismus

Das Paradox der Zeitoptimierung

Rechtsextremismus und Geschichtswissenschaft

Projekt „Spurensuche“:
Zum Erinnern an den Völkermord an Sinti und Roma

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15, 47051 Duisburg
Tel.: 0203/20249
Fax: 0203/287881
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

Redaktion:
Robin Heun, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Ursula Kreft, Jobst Paul, Rolf van Raden, Hans Uske

Layout und Satz: Hans Uske, Rolf van Raden

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

Die Alternative für Deutschland – neue Kraft im rechten Lager?

Ein Kommentar von Alexander Häusler

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) versucht sich eine neue Partei zu etablieren, die sowohl euroskeptische und europafeindliche Wählermilieus wie zugleich auch rechtspopulistisches und nationalistisches Wählerpotenzial mobilisiert. Auf ihrem Gründungsparteitag am 14. April 2013 verkündete AfD-Parteichef Bernd Lucke, „weder rechts noch links“, sondern eine „Partei neuen Typs“ zu sein. Ein genauerer Blick auf die Anhängerschaft der AfD offenbart jedoch Anknüpfungspunkte an rechtspopulistische Organisationsversuche.

So gehören mit Karl Albrecht Schacht-schneider und Joachim Starbatty ehemalige Aktivisten des von 1994 bis 2000 existierenden EU-feindlichen und rechtspopulistischen Bund Freier Bürger (BFB) zum Kreis der AfD-Unterstützer, letzterer gar als Spitzenkandidat auf der Berliner Landesliste für die Bundestagswahl. Der frühere BFB, dessen Zweitbezeichnung „Offensive für Deutschland“ lautete, war ebenfalls vom Bestreben zur Re-Nationalisierung außenpolitischer Vorstellungen geprägt. Zudem erweist sich die AfD als neuer Anziehungspunkt für enttäuschte Aktivisten anderer Kleinstparteien vom rechten Rand wie der inzwischen aufgelösten Partei DIE FREIHEIT und der REPUBLIKANER. In parteipolitisch noch ungebundenen neurechten Zirkeln wie dem Institut für Staatspolitik und der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT wird die AfD gar zur möglichen Hoffnungsträgerin hochstilisiert.

Mit 4,7 Prozent der Wählerstimmen hat die AfD ihr selbsterklärtes Ziel knapp verfehlt, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Ebenso wurde dieses Ziel bei der gleichzeitig abgehaltenen hessischen Landtagswahl verpasst, bei der die AfD 4,0 Prozent erzielte. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang noch keiner Partei außer der AfD gelungen ist, innerhalb weniger Mo-

nate nach der Parteigründung bei einer Bundestagswahl einen solchen Achtungserfolg zu erzielen. Die Ankündigungen der AfD, bei künftigen Landtagswahlen sowie zur kommenden Europawahl anzutreten, lassen darauf schließen, dass die Partei anstrebt, ihre politische Agenda zu erweitern und ihre Wählerzustimmung zu verfestigen. Die größte Anzahl an Wechselwählern konnte die AfD der FDP abringen - laut Infratest dimap rund 430.000 Stimmen. 340.000 kamen demnach von der Partei Die Linke, 290.000 von CDU und CSU, 180.000 von der FDP und 90.000 von den Grünen. Betrachtet man die regionale Herkunft der AfD-Wählerinnen und -Wähler, so zeigt sich, dass die Partei ihre besten Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern gewinnen konnte. In Sachsen erreichte sie mit 6,8 % ihr stärkstes Resultat; darauf folgten Thüringen (6,2 %) und Brandenburg (6,0 %). 5,6 % erzielte die AfD in Mecklen-

*„Ein genauerer Blick auf
die Anhängerschaft der
AfD offenbart
Anknüpfungspunkte an
rechtspopulistische
Organisationsversuche.“*

burg-Vorpommern und in Hessen, ihrem stärksten westdeutschen Bundesland. Unter vier Prozent blieb die Partei nur in Niedersachsen (3,7 %) und Bremen (3,7 %). Die Spitzenergebnisse in Ostdeutschland wurden in Bundesländern erzielt, in denen die Partei stärker als im Westen mit dem Thema Einwanderung geworben hat: Slogans wie „Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme!“ kamen dort auf Plakaten besonders häufig zum Einsatz. Ein Blick auf Duisburg deutet auf mögliche Zusammenhänge zwischen der öffentlichen Debatte um das so genannte

Roma-Haus und rechten Wahlerfolgen auf kleinräumiger Ebene: Ebenso wie die extrem rechten Parteien NPD und pro Deutschland erzielte auch die AfD dort in einigen Bezirken Wahlergebnisse, die weit über dem Durchschnitt der Parteien in NRW liegen. Hierzu wären vergleichende Untersuchungen hilfreich, um hinsichtlich möglicher Zusammenhänge von rassistischer Mobilisierung in kommunalen Sozialräumen und entsprechenden Wahlergebnissen genauere Kenntnisse erlangen zu können.

Zu den im Jahr 2014 stattfindenden Landtagswahlen in Ostdeutschland sowie den zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Europaparlament und den Kommunalwahlen in NRW erarbeitet die AfD ihr parteipolitisches und programmatisches Profil. Damit einher geht aktuell ein Richtungsstreit zwischen neoliberalen, nationalkonservativen und rechtspopulistischen Strömungen innerhalb der Partei. Bei der Europawahl dürfte von besonderem Interesse sein, mit welchen politischen Parteien und Fraktionen dort Berührung gesucht wird. Parteintern wird darüber gestritten, ob neben den britischen Tories auch explizit europafeindliche und rechtspopulistische Parteien wie die United Kingdom Independence Party (UKIP) als Ansprechpartner für mögliche Allianzen ausgewählt werden. Ebenso wird für die Forschung zur extremen Rechten von Bedeutung sein, inwieweit sich durch die Existenz der AfD weitere Veränderungen im rechten Parteienlager ergeben.

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf. Im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung hat er eine Studie zur AfD erstellt, die online verfügbar ist unter <http://www.boell-nrw.de/>.

Der Bundestagswahlkampf der NPD 2013 im Kontext bürgerlicher Proteste

Von Benjamin Kerst

In der Deutschen Stimme, dem Leitorgan der NPD, ließ der derzeitige Parteivorsitzende Holger Apfel bezüglich des Bundestagswahlkampfes 2013 verlauten: Es sei wichtig, vor den „Schaltzentren der Überfremdung Zeichen zu setzen: Also vor Moscheen und Asylantenheimen.“ (Deutsche Stimme 09/2013, 2) Es gelte zu zeigen, dass die NPD im „Kampf gegen Islamisierung, Ausländerkriminalität, Asylantenflut und Lohndrückerei, euphemistisch auch »Arbeitsmigration« genannt“ das Original sei. (Ebd.)

Diese besondere Fokussierung der NPD auf rassistische, menschenverachtende Hetze und Ressentiments, bei teilweiser Vernachlässigung anderer Themen, wie etwa der Eurofeindlichkeit, war vermutlich zwei wesentlichen Umständen geschuldet.

Zum einen wurde der NPD ihre Eurofeindliche Linie von der neu gegründeten AfD streitig gemacht, die von Anfang an auf breiteren Wahlerfolg hoffen durfte. Zum anderen gab es in mehreren deutschen Städten – besonders in Duisburg und Berlin – über längere Zeiträume massive und von Rassismen durchzogene Proteste von Bürger_innen gegen Zuwander_innen aus Südosteuropa (Duisburg), die zumeist als Roma wahrgenommen wurden, und Flüchtlingen (Berlin), unter anderem aus Syrien und Afghanistan. Als im August 2013 in einer Facebookgruppe zum Mord gegen die südosteuropäischen Bewohner_innen eines überregional bekannt gewordenen Hochhauses – das von den Medien so genannte „Problemhaus“ – in Duisburg-Rheinhausen aufgerufen wurde, fanden die Proteste ihren vorläufigen Höhepunkt. Zu dieser Zeit war die Befürchtung, es bald mit einem zweiten Rostock-Lichtenhagen tun haben zu können, durchaus begründet.¹ In Duisburg-Neumühl sah die Politik im September 2013 davon ab, zu prüfen, ob Asylbewerber_innen in einem leerstehen-



Rassistisches Wahlplakat der NPD. In Berlin-Hellersdorf und Duisburg-Rheinhausen erreichte die Neonazi-Partei überdurchschnittliche Ergebnisse.

den Krankenhaus untergebracht werden können, weil rund 200 Bürger_innen dagegen protestierten und rechte Parolen an die Hauswände geschmiert wurden.² In Berlin-Hellersdorf gab es im Sommer sich über mehrere Wochen hinziehende massive Proteste von Bürger_innen, die ihren rassistisch aufgeladenen Unmut unter anderem auf Kundgebungen, Flugblättern und auf Facebook bekundeten.³ Flankiert und angefeuert wurden die hochkochenden Proteste maßgeblich auch von den regionalen und überregionalen Medien, die über die von ihnen so genannten „Armutsflüchtlinge“ größtenteils auf stereotype Weise berichteten und dabei an antiziganistische Diskurse angeknüp-

2 Vgl. <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/200-protestler-gegen-asylbewerberheim-im-st-barbara-hospital-id8435818.html> [05.11.2013].

3 Allerdings gab es auch viele Bürger_innen, die sich für die Flüchtlinge und Zuwander_innen stark machten und da, wo die extreme Rechte auftauchten, oftmals große Gegenproteste organisierten.

ten.⁴ Auch die Politik trug ihren Teil zur Verschärfung der Situation bei. So warf etwa der derzeitige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich 2012 Flüchtlingen aus Serbien und Mazedonien Asylmissbrauch und im 2013 den EU-Bürger_innen aus Bulgarien und Rumänien Missbrauch von Sozialleistungen vor.⁵ Für die NPD, die die Bundestagswahl fest im Blick hatte, war diese Verschränkung und Normalisierung von rassistischen und hetzerischen Alltags-, Medien- und Politikdiskursen ein guter Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für ihre populistische Agitation.

So versuchten NPD-Mitglieder die Proteste in Berlin-Hellersdorf in Richtung Eskalation zu beeinflussen.⁶ Die Route der von der NPD veranstalteten „Deutschlandfahrt“, bei der in verschiedenen Städten für Kundgebungen haltgemacht wurde, wurde eigens geändert, um mehrere Male Berlin-Hellersdorf anfahren zu können.⁷ Ebenso

4 Vgl. hierzu die in DISS Journal 25 (2013) veröffentlichte Medienanalyse von Alexandra Graevskaia; eine ausführliche Darstellung erscheint in: H. Kellershohn / J. Paul (Hg.): Der Kampf um Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion, Münster: Unrast, 75-111.

5 Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/serben-und-mazedonier-friedrich-will-asylmissbrauch-stoppen/7247248.html> [05.11.2013] / Vgl. <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/streit-ueber-zuwanderung-was-minister-friedrich-auf-links-kritik-antwortet-id8051194.html> [05.11.2013]. Unbeeindruckt vom Flüchtlingsunglück vor Lampedusa im Oktober 2013 hetzt Friedrich weiter und fordert die EU auf, hart gegen die „Armutseinwanderung“ aus Bulgarien und Rumänien vorzugehen. Vgl. hierzu: www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infonline_nt/thema_nt/article120718640/Friedrich-fordert-hartes-Vorgehen-gegen-Armutseinwanderer.html [05.11.2013]. sowie <http://www.disskursiv.de/2013/10/14/die-scharfmacher/> [05.11.2013].

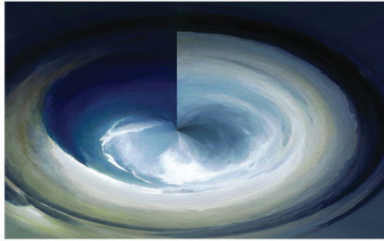
6 http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/08/10/hitlergruse-und-rechte-parolen-in-hellersdorf-nach-aufmarsch-gegen-asylunterkunft_13730 [05.11.2013].

7 Vgl. <http://www.taz.de/!122475/> [05.11.2013].

1 Vgl. dazu auch die in diesem Journal abgedruckte Presseerklärung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung.

Die ›Deutsche Stimme‹ der ›Jungen Freiheit‹

Lesarten des völkischen Nationalismus
in zentralen Publikationen
der extremen Rechten



Helmut Kellershohn (Hg.)

EDITION
DISS

In den letzten Jahren sind diverse Untersuchungen zum Mediennetz der extremen Rechten erschienen. Gleichwohl gibt es bislang keine vergleichende Untersuchung zu den beiden wichtigsten Leitorganen der extremen Rechten, der ›Jungen Freiheit‹ und der ›Deutschen Stimme‹. Die Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹ steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat, auf die ideologische Umorientierung der Eliten und ›Leistungsträger‹ zielt, für eine ›konservative Basisbewegung‹ wirbt und – zum Teil zumindest – rechtspopulistische Parteiansätze unterstützt. Das monatlich erscheinende Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentalopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, den jeweiligen strategischen Optionen entsprechend, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.

Helmut Kellershohn (Hg.)

Die ›Deutsche Stimme‹ der ›Jungen Freiheit‹

Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen

Publikationen der extremen Rechten

Edition DISS Bd. 23

330 Seiten, 28 EUR

wurde in Duisburg Halt gemacht. Hier wie dort waren, neben Euro-feindlichen Tönen, die Hauptthemen: ›Gefährdung der inneren Sicherheit‹, ›Ausländerkriminalität‹, ›Massenzuwanderung‹, ›Überfremdung‹, ›Asylbetrug‹, die ›Milliardenkosten der Einwanderung‹. Motto: ›Heimat bewahren – Einwanderung stoppen!‹. Auf Wahlplakaten, Flugblättern und Aufklebern der NPD waren neben Euro-feindlichen vor allem auch antiziganistische, islamfeindliche und rassistische Slogans wie ›Maria statt Scharia‹, ›Geld für die Oma statt für Sinti und Roma‹, ›Sicher Leben! Asylflut stoppen!‹ zu lesen.⁸

In Anbetracht dessen wurde Holger Apfel seiner in der Deutschen Stimme gegebenen Ankündigung gerecht. Brachte diese Art von Wahlkampf, der eine Reihe von Strafanzeigen nach sich zog, aber auch den gewünschten Erfolg? Konnte die ›Moslem- und Asylanten-Schelte‹, wie Jürgen Gansel, gerade sächsischer Landtagsabgeordneter der NPD, mutmaßte, tatsächlich zum ›Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition – und zum Wahlerfolg werden‹? (Deutsche Stimme 12/2012, 1)

Einerseits nein. Die NPD konnte bundesweit 1,3 Prozent der Zweitstimmen für sich gewinnen, was einen Stimmenverlust von 0,2 Prozent im Vergleich zu den vergangenen Bundestagswahlen bedeutete. In den eigentlichen NPD-Hochburgen wie Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hatte die NPD zum Teil hohe Verluste zu verzeichnen.⁹ Insofern scheint die NPD lediglich ihr Stammwählerpotenzial mobilisiert zu haben¹⁰, womit sie immerhin ihre Finanzierung sichern konnte. Andererseits konnte die NPD bezeichnenderweise gera-

de im Wahlkreis Berlin Marzahn-Hellersdorf ein Ergebnis von 3,9 Prozent Zweitstimmen einfahren und in einem Wahllokal, nah an dem besagten Flüchtlingsheim, sogar ein Ergebnis von 10,4 Prozent.¹¹ Ebenso alarmierend war das Wahlergebnis der NPD in Duisburg. Hier konnten insgesamt 2,8% der Zweitstimmen erreicht werden – das beste Ergebnis der NPD in Westdeutschland.¹² Im Stimmbezirk Duisburg-Rheinhausen konnte die NPD für sich 4,95% der Zweit- und sogar 10,85% der Erststimmen verzeichnen.¹³

Das gute Wahlergebnis der NPD in Städten und Bezirken wie Berlin-Hellersdorf und Duisburg (Rheinhausen) kann somit durchaus als Indikator dafür dienen, dass es der NPD (aber auch Pro Deutschland) gelang, die negative Stimmungen, die Ängste und Vorbehalte von Seiten der Mehrheitsgesellschaft gegen Flüchtlinge und Zuwander_innen weiter zu schüren und für sich zu nutzen. Grund dafür ist aber vor allem auch die Tatsache, dass es auch ohne das Zutun der NPD und anderer extrem rechter Gruppierungen große Ressentiments gegenüber Minderheiten in der ›Mitte‹ der Gesellschaft gibt. An diese Ressentiments, die bereits ihren Platz in der deutschen Normalität gefunden haben, konnte die NPD – zumindest partiell – anknüpfen. So stellt sich zuletzt die Frage, ob die Hetze der NPD gegen Flüchtlinge und Zuwander_innen – zumindest da, wo die Wahlergebnisse so hoch waren – tatsächlich eine Türöffnerfunktion hatte oder ob die Tür nicht vielmehr schon offen stand.

Benjamin Kerst studiert in Konstanz Philosophie und Soziologie. 2013 hat er im DISS ein Praktikum absolviert. Seitdem arbeitet er im AK Antiziganismus und AK Rechts des DISS mit.

8 Zu weiteren rassistischen Provokationen im NPD-Bundestagswahlkampf 2013 vgl. <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/bundespartei/artikel/npd-krawall-wahlkampf-ohne-programm.html> [05.11.2013].

9 Zu den Wahlergebnissen der extrem rechten Parteien vgl. auch <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/bundespartei/artikel/bundestagswahl-mpd-verliert-afd-stark-in-mpd-hochburgen.html> [05.11.2013]. Zum Wahlerfolg der AfD sei auf den Kommentar von Alexander Häusler in diesem DISS-Journal hingewiesen.

10 Vgl. <http://www.publikative.org/2013/09/23/die-wahlergebnisse-am-rechten-rand-stabil-im-keller/> [05.11.2013].

11 Vgl. <http://www.berliner-zeitung.de/bundestagswahl-2013/protestwahl-in-hellersdorf-rechte-parolen-haben-gewirkt,20889098,24409546.html> [05.11.2013]

12 Vgl. <http://vis.uell.net/btw/13/atlas.html> [05.11.2013]

13 Vgl. <http://akduell.de/2013/09/so-waehlen-duisburg-und-essen/> [05.11.2013]. In diesen Bezirken hatte auch Pro Deutschland sehr gute Wahlergebnisse zu verzeichnen (vgl. <http://vis.uell.net/btw/13/atlas.html> [05.11.2013]). Von Seiten Pro Deutschlands kam es sowohl in Berlin-Hellersdorf als auch in Duisburg-Rheinhausen wiederholt zu Kundgebungen.



„Wir sind Rheinhausen!“

Versuch einer Topografie der rassistischen Stimmung gegen Zuwanderinnen und Zuwanderer in Duisburg

von Bente Gießelmann

Seit 2011 wird in Duisburg über die Zuwanderung von EU-Bürger_innen aus Rumänien und Bulgarien diskutiert. Zum medialen Symbol der „Armutszuwanderung“ aus Osteuropa und damit auch zum Ort rassistischer Kundgebungen ist dabei ein vorwiegend von Zuwander_innen bewohntes Hochhaus in Duisburg-Bergheim („In den Peschen“) geworden. Trotz des eskalierenden Engagements einiger Initiativen hat sich die von Beginn an polarisierende, ausgrenzende Situation seit Anfang August weiter zugespitzt, und es ist eine gewaltbereite rassistische Stimmung gegen die Zugewanderten, von denen viele Roma sind, entstanden. Bundesweite Beachtung

finden bisher nur wenige Ereignisse, darunter auf Facebook gepostete Morddrohungen im August und ein Brand in einem von Roma bewohnten Mehrfamilienhaus im Oktober 2013. Eine Betrachtung der an dieser Gemengelage beteiligten Gruppen offenbart eine rassistische Dynamik, die zumindest teilweise Parallelen zu den Ereignissen von 1992 in Rostock-Lichtenhagen erkennen lässt.

Seit 2011 werden die Bilder des Konfliktes zwischen „besorgten“ Duisburger Bürger_innen und „ungehemmt zuwandernden“ Roma aus Rumänien und Bulgarien vor allem auch in den regionalen und lokalen Medien inszeniert. Der mediale Blick der regionalen Presse ist dabei fast ausschließlich auf Berichte über Kriminalität, Verwahrlosung, Müll und Überlastung

der Wohnungen gerichtet und darauf, was die Stadt Duisburg in dieser Situation tun kann und will. Die ausgesprochen prekäre Wohnungssituation „In den Peschen“ und in anderen Häusern stellt die Mehrzahl der Berichte in den Kontext „kultureller Andersartigkeit“ der Bewohner_innen, die zur „Vermüllung“ und „Verwahrlosung“ neigten.¹ „Ein Haus voller Straftäter“ titelte zum Beispiel die lokale WAZ am 3.12.2012 und machte damit alle Bewohner_innen des Hauses „In den Peschen“ zu Kriminal-

* Eine leicht veränderte Fassung dieses Artikel wird in der ZAG 65 (2013) erscheinen.

¹ Vgl. dazu die Medienanalyse von Alexandra Graevskaia im DISS-JOURNAL 25 (2013), in der sie die Lokalpresse von April 2008 bis Dezember 2012 untersuchte. <http://www.diss-duisburg.de/2013/07/die-machen-unser-schones-viertel-kaputt/>.

len. Die mediale Wirkung einer solchen pauschalen Kriminalisierung ist nicht zu unterschätzen.

„2974 Tatverdächtige“

Diese Sichtweise wird zu einem Teil auch durch das Handeln der Duisburger Polizei erzeugt. Sie spielt als medialer Akteur eine wichtige Rolle bei der Formulierung von statistischen Kriminalitätsvorkommen und Bedrohungsszenarien im Stadtteil. Bereits im November 2012 fand eine Großrazzia im „Problemhaus“ statt, bei der jedoch weder Einbrecher noch Diebesgut gefunden wurden – das Narrativ der mutmaßlichen Straftäter_innen hielt sich allerdings weiter. Im August 2013 spricht Polizeisprecher Ramon van der Maat dann von „2974 Tatverdächtigen“, die in den letzten Jahren nach Duisburg gekommen seien und denen die Polizei mittels „extensiver Ausnutzung polizeilicher Standardmaßnahmen“ begegne. Die „Kriminalität der Zugewanderten“, die die Duisburger Polizei wiederholt mit einem statistischen Anstieg der Kriminalität und ihrer eindeutigen Verortung in bestimmten Stadtteilen zu beweisen versucht, wird so langsam zu einem scheinbar gesicherten Faktum, welches sich Medien, Polizei und Anwohner_innen gegenseitig herumreichen.

Das Vorgehen und Verhalten der Duisburger Polizei muss dabei als Ausdruck eines institutionellen Rassismus bewertet werden. Wenn die Polizei als Teil der Exekutive die Öffentlichkeit mit solchen „Fakten“ versorgt, wirken diese als Legitimation dafür, die Zuwander_innen abzulehnen und ggfl. gegen sie vorzugehen. Für die Bewohner_innen des Hauses ‚In den Peschen‘ bedeuten sie nicht nur fehlende Zusicherung des Schutzes vor Übergriffen durch die Polizei, sondern führen darüberhinaus zur massiven Repression.

Kritische Beobachter_innen aus Duisburg vermuten, dass auch durch solche Verlautbarungen der Polizei auf einer facebook-Seite Morddrohungen gegenüber den Bewohner_innen des Hauses ‚In den Peschen‘ auftauchten. Als nach solchen Mordaufrufen Neonazis am Haus vorbeifuhren und Bewohner_innen bedrohten, reagierte die Polizei erst nach mehreren Anrufen. Und trotz der Forderungen von Unterstützer_innen, die daraufhin Nachtwachen zum Schutz der Bewohner_innen organisierten, sowie engagierter Menschen aus Politik und Kirche verweigert

die Polizei bis heute die Bereitstellung einer permanenten Streife und glaubt, mit einer stichprobenartigen Patrouille an dem Haus sei ausreichender Schutz gewährleistet.

Dass es handfeste Bedrohungssituationen für als „Rumänen oder Bulgaren“ wahrgenommene Menschen auf den Straßen in Duisburg gibt, zeigen Übergriffe gegen Zuwander_innen, ungeklärte Brände in Hauskellern sowie im Oktober ein Brand in einem Mehrfamilienhaus, bei dem die Polizei von Brandstiftung ausgeht. Der Aufruf beziehungsweise die Ankündigung, bei weiterer „Untätigkeit der Politik“, das „Problem selbst in die Hand zu nehmen“ ist nicht neu. Physische Gewalt gegen Roma sowie konkret Brandstiftung wurden beispielsweise auf der Facebook-Seite ‚In den Peschen 3-5‘ gefordert und befürwortet. Unter Androhung von Gewalt wird in einem früheren, auf Facebook veröffentlichten Brief an den Oberbürgermeister Sören Link verlangt, die Migration von „Sintis und Romas“ [sic!] nach Duisburg-Neumühl zu verhindern. Die Polizei ermittelt nach der vermuteten Brandstiftung „wie üblich in alle Richtungen“.

Die Mitte der Ränder

Auch ein Teil der Duisburger Bevölkerung und Anwohner_innen trägt massiv zur Verschärfung der Konflikte und zur Aufladung eines rassistischen Klimas im Stadtteil bei. In Versammlungen „aufgebrachter Bürger_innen“ protestierten sie gegen die Zuwanderung und spendeten Beifall für Pro-NRW, die aus der Situation in Duisburg politisches Kapital zu schlagen versuchen. Sie firmieren und positionieren sich politisch als „die Mitte“. In einem TV-Beitrag der WDR-Lokalzeit (17.8.2013) treten zwei der Gründer_innen der o.g. Facebook-Gruppe auf. In der Diskussion um die dort mehrfach formulierte Äußerung, man solle auf der Straße „für Roma nicht [...] bremsen“, mischen sich während des Interviews weitere Mitstreiter_innen aus dem Hintergrund ein: „Sowas würden wir nicht, möchten wir nicht, wir sind nicht rechts, wir sind nicht links, wir sind die Mitte.“²

Diese „Mitte“ inszeniert sich als Gesamtheit der Bürger_innen aus Duisburg-Rheinhausen, die nicht rassistisch sei, sich

aber gegen Vermüllung und Kriminalität im Stadtteil wendet. Sie fordert ein konsequentes Handeln und politische Lösungen von der angeblich untätigen Politik und ist bereit, notfalls selbst „die Dinge in die Hand zu nehmen“. Auf einem Flyer zu einer Demonstration in Rheinhausen am 5. Oktober 2013 wird dies folgendermaßen formuliert: „Wir rufen auf zu einer Demonstration gegen die duisburger [sic!] Behörden, welche untätig zusehen, wie Kriminalität und Vermüllung in unserer Stadt die Ruhe der Bürger stört. Wir laden alle besorgten Mitbürger zu unserer Demonstration ein [...]“. Auf einem im Gruselfilm-Layout gehaltenen Flyer ist eine Person mit Krawatte zu sehen, die sich die Augen zuhält. In den über ihr dunkel bewölkten Himmel ragt das Haus ‚In den Peschen 3-5‘ auf. Dies verdeutlicht, dass sich die Demonstration neben der „untätigen Politik“ wesentlich gegen die Zugewanderten richtet. Bei dieser Kundgebung entlud sich massive rassistische Hetze, Kritiker_innen dieser Hetze wurden körperlich angegangen und nicht wenige Teilnehmer_innen jubelten später der rechtspopulistischen Partei Pro-NRW zu, die am selben Tag gleichfalls in Rheinhausen auftrat.³

Auch wenn, bedingt durch antiziganistische Ressentiments, vor allem Zugewanderte aus Rumänien und Bulgarien im Fokus der wütenden Bürger_innen stehen, geht es auch in anderen Stadtteilen in Duisburg wie etwa Neumühl auch um Asylbewerber_innen. Nach Bekanntwerden der Planung einer Unterkunft für Asylbewerber_innen in einem ehemaligen Krankenhaus versammelten sich 200 Protestierende vor dem mit rechten Parolen beschmierten Gebäude, um die städtische Ortsbegehung zu verhindern, und skandierten: „Kein Asyl in Neumühl!“. Rufe nach „der Politik“ gehen einher mit Bildern des „Untergangs“ der von Zuwanderung „bedrohten“ Stadtteile: Getragen wird der Diskurs um Zuwanderung in Duisburg auch wesentlich vom Argument einer Stadtteilabwertung – und damit von Vermieter_innen und Hauseigentümer_innen, die ein Untergangsszenario ihres Stadtteils „vorhersagen“: „Wenn es hier nicht gelingt, die Roma-Zuwanderung zu stoppen, wird der Stadtteil völlig zerstört“ und „Die guten Mieter ziehen mir aus,

2 Die Einträge auf der Facebook-Seite wurden erst nach Bekanntwerden staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gelöscht.

3 So war es in der WAZ vom 6.10. nachzulesen, die davon berichtete, dass die Kundgebung „aus dem Ruder“ lief.

weil die Roma die Straße vermüllen“, zitiert die WAZ am 12. Oktober 2013.

*

Und was tut die Stadt Duisburg? Sie setzt politisch auf Integration der Zugewanderten, verweist jedoch gebetsmühlenartig auch darauf, dass dieses Problem die finanzielle Situation der Stadt übersteige, und fordert vom Bund und der EU entsprechende Unterstützung. Dazu bedient sie sich der im Zuwanderungsdiskurs bekannten Einteilung in gute, integrationswillige Zuwanderer_innen und jene, die kriminell seien oder „Asylmissbrauch“ betreiben würden.

Den in der Stadt aufkeimenden und artikulierten Rassismus und Antiziganismus sieht sie weitgehend als ein externes Problem, wie dies z.B. Oberbürgermeister Sören Link bei einer Gegenkundgebung zur Tour von Pro-Deutschland Ende August 2013 betonte.

Als es bei einer Bürgerversammlung im August zu Auseinandersetzungen zwischen lokalen Neonazis und kritischen Beobachter_innen kam, in deren Folge Unterstützer_innen der Nachtwache vor dem Haus ‚In den Peschen‘ wie auch andere Personen aus linken Zusammenhängen als „linke Krawalltouristen“ bezeichnet wurden, diente dieser Vorfall zur Abgrenzung von rechten wie linken Extremist_innen und Unruhestifter_innen als von außen kommend, die das einige und friedliche Duisburg störten. Rassistisches Denken und Handeln der Bewohner_innen wird damit übersehen, und es wird versucht, ein von außen bedrohtes harmonisches Miteinander einer „Gemeinschaft der Duisburger Bürger_innen“ zu inszenieren. Im Resultat wird damit vorhandener Rassismus jedoch normalisiert. Diejenigen, die Rassismus benennen, werden zu „Stimmungsmachern“. „Die Mitte“ ist und soll unverdächtig bleiben. Es bleibt abzuwarten, ob die Stadt ihre Strategie nach der Kundgebung Anfang Oktober, bei der nicht wenige Anwohner_innen wiederholt und offensichtlich Sympathien für extrem rechte Parolen zeigten, ändern wird.

Warnungen vor einer Eskalation gibt es genügend. Antirassistisch engagierte Personen oder Initiativen aus Duisburg weisen auf die pogromartige Stimmung hin, die vor allem in medialen Diskussionen und dem Zuspruch zu Kundgebungen rechtspopulistischer Parteien wie Pro-

NRW sichtbar wird. Neonazis und rechte Parteien greifen bestehende Diskurse auf: Im Mai veranstaltete die NPD eine Kundgebung in Rheinhausen unter dem Motto „Zigeunerflut stoppen, Asylmissbrauch bekämpfen“. Pro-NRW machte im Rahmen einer Demo-Tour durch NRW neben Asylbewerber_innen-Unterkünften auch vor dem „Problemhaus“ in Rheinhausen halt, ebenso wie Pro-Deutschland dort auf der Wahlkampftour eine Kundgebung organisierte.

Bei der Bundestagswahl im Oktober erhielt die NPD in Duisburg fast 5% der Erststimmen, auch die Zustimmung zu kleineren rechten Parteien ist im Bundesvergleich unverhältnismäßig hoch.

Vieles aus Duisburg erinnert an die rassistisch aufgeladene Stimmung und Dynamiken der 1990er Jahre. Parallelen gibt es viele – von Mediendiskursen, die rassistische Sichtweisen vom „Problemhaus“ und „Klaukids“ etablieren, bis zu gewaltbereiten Bürger_innen, deren Aussage „Wir wollen kein zweites Rostock-Lichtenhagen“ nur als Drohung verstanden werden kann. Dennoch ist die politische Gesamtsituation heute eine andere, nicht zuletzt, weil ein anderer Teil der politischen Akteure und Zivilgesellschaft sich für eine Integration der Zugewanderten stark macht und sich gegen Rassismus wendet.⁴ Allerdings: Die Verschiebung einer zunächst antiziganistisch geprägten Hetze zur Mobilisierung auch gegen Asylbewerber_innen und „Zuwanderer“ im Allgemeinen ist u.a. aus Rostock-Lichtenhagen bekannt. Sie zeigt, wie anschlussfähig antiziganistische Diskurse sind und wie sie rassistisches Sprechen und Handeln legitimieren und normalisieren. In der Vermischung mit anderen (etablierten) rassistischen Diskursen liegen bestimmte Deutungsmuster bereits vor und bilden in Duisburg derzeit die Grundlage einer rassistischen Stimmung aus der „Mitte der Gesellschaft“.

Bente Gießelmann ist Mitarbeiterin des DISS und arbeitet im Projekt „Spurensuche. Zu Erinnerungsarbeit an den Völkermord an Sinti und Roma“ mit.

⁴ vgl. hierzu die „Neumühler Erklärung“, in der sich Bürger_innen für ein „tolerantes Miteinander“ einsetzen, unter: <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/nord/der-wortlaut-der-neumuehler-erklaerung-aimp-id8626206.html> [5.11.2013].

Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis



Margarete Jäger | Heiko Kauffmann (Hg.)



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.)

Skandal und doch normal

Impulse für eine antirassistische Praxis.

edition DISS Bd. 31, 2012 Münster: Unrast
253 S., 24 €

Rassismus ist weiterhin ein drängendes Problem in Deutschland, das das Zusammenleben von Personen unterschiedlicher Herkunft beeinträchtigt oder ganz zerstört. Rassismus schädigt das gesellschaftliche Klima und kann – wie nicht zuletzt die NSU-Morde zeigen – zu Mord und Todschlag führen. Er bewirkt massive Ausgrenzungen und wirft emanzipatorische Konzepte immer wieder weit zurück. Schauplätze sind sowohl institutionelle Ebenen wie auch die Medien und der Alltag.

Um dagegen vorzugehen, hat sich in Deutschland seit den 1980er Jahren eine Rassismusforschung herausgebildet, die versucht, das Wirken ausgrenzender Diskurse zu analysieren und offenzulegen. Damit will diese Forschung all jenen zuarbeiten, die Rassismus und seine destruktiven Kräfte bekämpfen wollen.

Das gemeinsame Anliegen der Autor_innen ist es, durch die Analyse von Ursachen und Mechanismen herabsetzender Markierungen und stigmatisierender Ausgrenzungen einen geschärften Blick auf dominante rassistische diskursive Verschränkungen und Praxen zu gewinnen.

Mit Beiträgen von Susan Arndt, Thomas Bryant, Sebastian Friedrich, Jessica Heun, Margarete Jäger, Heiko Kauffmann, Karl Kopp, Sara Madjlessi-Roudi, Jobst Paul, Thomas Quehl, Nora Räthzel, Sebastian Reinfeldt, Albert Riedelsheimer, Yasemin Shooman, Regina Wamper und Aram Ziai.

Lokal Denken, lokal Handeln?

Kommunale Handlungsansätze in der zivilgesellschaftlichen Intervention gegen Rechtsradikalismus

Von Thomas Bürk

Die Debatte um Flucht und Migration steht derzeit wieder höchst aktuell auf der Tagesordnung. Besonders die brutale EU-Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen mit der Grenzpolizei Frontex und den Hunderten von Toten allein in diesem Jahr in der Mittelmeerregion machen die Unverhältnismäßigkeit bundesdeutscher Migrations- und Asylpolitiken deutlich. Gleichzeitig entstehen neue Orte der Diskussion und Konfrontation weit jenseits von Lampedusa, Ceuta/Melilla und der türkisch-griechischen Grenzregionen. In den Innenstädten Berlins, Hamburgs und Münchens artikulieren (und organisieren) sich verzweifelte, aber auch selbstbewusste Flüchtlinge und verschaffen sich mit sichtbarer Präsenz und spektakulären Aktionen Aufmerksamkeit. Als dritte Facette dieser neuen Kommunikations- und Konfrontationslinien weltweiter Flucht und Migration werden in vielen Städten Sammelunterkünfte von Geflüchteten zu Kristallisationspunkten rechtspopulistischer und neonazistischer Versammlungen (wie etwa u.a. in Berlin-Hellersdorf) aber eben auch von solidarischen Initiativen zur Unterstützung der dort Untergebrachten.

Die Realitäten der Asylsuchenden und Geflüchteten haben sich also erneut von den Berichten über das ferne Sterben im Mittelmeer in unsere städtischen Nachbarschaften begeben. Die Präsenz migrantischer und geflüchteter Menschen und deren administrative und ordnungspolitische Bearbeitung durch bundesdeutsche Behörden ist freilich schon lange ein Thema von Flüchtlingsinitiativen und antirassistischen Gruppen. Die gesellschaftspolitische Breite, mit der diese Debatte nun wieder zum lokalen, städtischen Problem erklärt wird, ist allerdings neu.

Im Folgenden wird vor allem diese merkwürdige Ambivalenz zwischen zi-



Berlin-Schöneweide: Der Ort steht seit Jahren für einen von Rechtsradikalen geprägten Angstraum.

vilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsradikalismus und „für Toleranz“ und der staatlichen (Migrations- und Flüchtlings)Politik thematisiert. Während auf der einen Seite vielfach Handlungsbedarf und zivilgesellschaftliche Unterstützung für die kommunalen Akteure in Verwaltungen und politischen Parteien angemahnt wird, agieren diese oftmals politisch hilflos und abwehrend. Denn Flüchtlings- und Migrationspolitik bedeutet hier vor allem die Aufforderung zu lokalen Lösungsansätzen. Diese beschränken sich nicht nur auf die Vermittlung von (Sammel-)Unterkünften, der Auszahlung von Unterstützungsgeldern und der Be-

reitstellung sozialer Infrastrukturen, wie etwa medizinische Versorgung, psychosoziale Betreuung, Sprachlernangebote etc. Gleichzeitig geht es auch um eine Aktivierung der lokalen Bevölkerung und deren Beteiligung an der Akzeptanzförderung und Abwehr rechtspopulistischer bzw. neonazistischer Initiativen vor Ort. Besonders auf dem Feld der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik wird diese Anrufung bezirklicher Zuständigkeiten mit der Einbindung lokaler zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen verbunden. Gleichzeitig bleibt der Druck auf die staatlichen Ebenen der Politik verhalten, es artikuliert sich kaum breiter politischer Pro-

test oder eine gar bundesweit operierende Unterstützungsbewegung (mit Ausnahmen wie etwa Hamburg, die Flüchtlingskarawanen etc.).

In den folgenden knappen Ausführungen möchte ich daher ein a) governing at a distance und b) den auf soziale Nachhaltigkeit getrimmten Lokalismus auf der Ebene des Stadtbezirks oder Kiezes thematisieren. Als Beispiel werde ich mich auf meine aktuelle Untersuchung eines sog. Lokalen Aktionsplanes (LAP) zur „Förderung von Toleranz und Vielfalt“ im Berliner Stadtteil Schöneeweide beziehen.

Urban local governance als „territorial trap“?

Zunächst allerdings scheinen mir ein paar Worte zur Rahmung städtischer und kommunaler Handlungsmöglichkeiten im Kontext gegenwärtig dominanter Formen von Stadtverwaltung und Stadtpolitik als neue Formen einer urban local governance angebracht: Seit den 1980er Jahren haben sich die Bedingungen städtischen Politik- und Verwaltungshandels, auch im Hinblick auf Migrations- und Sozialpolitiken deutlich verändert. Die Paradigmen des neuen städtischen Regierens können als Entwürfe für unternehmerische Städte bezeichnet werden. Die Kernelemente der neoliberalen Umgestaltung (Brenner/Jessop/et al. 2003) der Städte zu untereinander konkurrierenden und nach innen selektiv-korporatistisch verfassten Wirtschaftseinheiten bilden Ansätze einer Neuskalierung des Raumes (Sozialraum!) hin zu Formen eines lokalen Staates im Rahmen einer Renaissance der (Innen)städte. Dies ist nicht als Rückzug des Nationalstaates zu interpretieren, sondern als Neuordnung auch räumlicher Politiken und Handlungsansätze, durch die „ungleiche Entwicklungen“ (Smith 1984) von Urbanisierung und sozialer Differenzierung auf dem staatlichen Territorium entstehen. (Glick Schiller/Çağlar, 2009:177). Diese Umstrukturierung umfasst natürlich die vielfach spürbare Kürzung und Ausgliederung staatlicher Leistungen durch die Verlagerung der Angebote in den (halb) privaten Sektor von sog. Sozialdienstleistungen, wie etwa Pflegediensten, privaten Bildungsträgern, Betreibern von Flüchtlingsunterkünften, etc. Jede dieser Umstrukturierungsmaßnahmen beeinflusst auch die lokalen Ebenen in den jeweiligen Stadtgebieten, indem sie mittelfristig etwa

die Zusammensetzung der Bevölkerung, der sozialen Angebote und deren Verfügbarkeit für BewohnerInnen und neu Zugezogene bestimmen (Glick Schiller/Çağlar 2009: 179). So wird nicht nur eine sozialräumliche Fragmentierung der Stadt vorangetrieben, der soziokulturelle Charakter der jeweiligen Kiez-Bevölkerung wird zum konstitutiven Moment dieses Wettbewerbs.

Auch Berlin befindet sich seit einigen Jahren in diesem umfassenden Prozess neoliberaler städtischer Umstrukturierung. Anders als beispielsweise in London, New York, aber auch Hamburg, Frankfurt/Main und München tritt dieser in Berlin zeitlich verzögert auf und wurde daher auch als „nachholende Modernisierung“ (Hain 1997:106ff.) bezeichnet. Die „städtebauliche Großoffensive des Kapitals“ (ebd.) bedeutet natürlich weder, dass dieser Prozess unumkehrbar und quasi unvermeidlich ist, noch, dass dieses urban rescaling in Berlin nicht im Kontext spezifischer Bedingungen stattfindet. Diese lokale Spezifik Berlins besteht aus der hier ausgetragenen Vereinigung eines postfordistischen mit einem ost-fordistischen Akkumulationsregime, einem kaum migrantisch geprägten Ostberlin und dem stark migrantisch belebten Westberlin. Spezifische Bedingungen sind auch in der politischen Landkarte der Parteien und Initiativen sowie der Präsenz neonazistischer organisierter Gruppen (nicht nur im Umland, sondern auch am „braunen Rand der Stadt“) zu sehen. Doch besonders auf dem umkämpften Feld der Stadtentwicklungspolitik seit 1990 wird dieser Zustand einer möglichst schnellen Angleichung an westdeutsche neoliberale Verhältnisse besonders deutlich. Die Zugangsmöglichkeiten zu Schulen und Kitas, sozialer Infrastruktur und anderen Lebensgrundlagen hängen heute in Berlin zunehmend vom Wohnen in den richtigen Stadtbezirken und Nachbarschaften ab. Das ist lokale, kompetitive Fragmentierung des Städtischen, die sich in den letzten Jahren als das Leitmotiv städtischer Entwicklung im Modus der Konkurrenz um den besten Platz in der Stadt durchgesetzt hat. Und scheinbar machen alle mit!

Lokalismus als Identitätspolitik

Dabei hatte die Rückkehr des Lokalen in die (Stadt)Politik recht rebellisch angefangen: Seit den frühen 1980er Jahren wurde

dieser new localism (Brenner/Theodore, 2002: 342ff) im Kontext globalisierungstheoretischer und -kritischer Debatten gerne als Gegengewicht zu eben genau dieser neuen, abstrakten und fernen Weltperspektive angeführt und bildete eine Grundlage zur Legitimation von Protest und Widerstand, etwa im Quartier, Stadtteil oder der Region. Zwar wurde auch der Bipolarität zwischen „dem Globalen und dem Lokalen“ widersprochen bzw. versucht, beide Ebenen zusammen zu denken, wie es sich etwa in der Parole des „global denken, lokal handeln“ oder dem Neologismus der Glocalisation (Swyngedouw 1997) widerspiegelt. Die Verlockungen, hier hierarchische Ebenen zu konstruieren und das Lokale im Gegensatz zum Globalen zu entwerfen, waren aber scheinbar zu groß, um nicht genau in diese territorial trap eines neuen Lokalbezuges zu tappen, den wir gerade in den letzten Jahren verstärkt am Werk sehen und der gerne als Rettungsanker gegen unübersichtliche, komplexe und scheinbar unbeeinflussbare überregionale und internationale Politiken und Strukturen in Stellung gebracht wird. Dies hat die Verankerung eines darauf aufbauenden Konzepts, das ich hier als Lokalismus bezeichne, ermöglicht.

Die darauf beruhende, ortsbezogene local governance wird auch als Regierungsverfahren eines governing at a distance (Wallace 2009) bezeichnet, da hier die in den aktuellen governance-Techniken aufgerufenen „neuen Akteurskonstellationen“ die Aufgabe ehemals staatlicher Hilfe, Kontrolle und Ordnungsmacht übernehmen sollen. Der problematische Aspekt dieses neuen urban governance-Dispositivs ist freilich, für diese Aktivitäten ausreichend qualifizierte und vor allem motivierte Akteure zu finden, die zudem tendenziell bereit sein sollten, ihr Engagement auch „nachhaltig“ zu betreiben. Nachhaltigkeit heißt hier im Subtext vor allem, sich diesen zivilgesellschaftlichen Tätigkeiten unzureichend (oder un-) bezahlt zu widmen und diese trotzdem verbindlich auszuführen. Dieses Motivationsdilemma wurde, auch im Anschluss an die Funktions- und Wirkungsweisen früherer Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen (durchaus im Rückgriff auf alte und idealisierte Vorstellung des Lokalen der 1970er/1980er Jahre), lokal und identitätspolitisch gelöst. In der Erkenntnis, dass zivilgesellschaftliche Motivation und ehrenamtliches Engagement konkreter so-

zialer Verbindungen bedürfen, wird hier der Stadtteil, die Region, der Kiez identitär mit „wir“- Attributen aufgeladen. Diese aktivierende Identitätspolitik benötigt sowohl Gelegenheiten als auch Austragungsorte dieser Konstruktion. Bürgerschaftliche Projekte und Initiativen, Stadtteilfeste, Spiele und 'lokale Aktionspläne' bilden hier die optimale Grundlage solcher partizipativen Gemeinschaftsbildung. Was also früher bereits als Stadtmarketing, urban branding und Festivalisierung der Stadtpolitik (Häussermann/Siebel 1993) ausgewiesen wurde, ist nun auf der Ebene der Stadtteilpolitik und der „Sozialräume“ angekommen und findet einen Handlungsrahmen u.a. in lokalen Aktionsplänen.

Lokale Aktionspläne

Lokale Aktionspläne (LAPs) gibt es seit Januar 2007 im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (LAP, 2011)¹. Seit dem wurden bundesweit mehr als 90 Lokale Aktionspläne gefördert. Gemäß eigenem Selbstverständnis handelt es sich bei einem LAP um „konkrete, vor Ort ausgearbeitete und umgesetzte Konzepte, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor allem unter den jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohnern stärken sollen“ (ebd). In Berlin gibt es derzeit 10 LAPs mit deutlich unterschiedlicher Programmatik in den verschiedenen Bezirken, so auch in Treptow- Köpenick seit Ende 2011 in dem weiteren, nun noch kleinräumiger orientierten LAP Schöneeweide. Dieser Ortsteil steht seit Jahren synonym für einen von Rechtsradikalen geprägten und als „Angstraum“ (uffmucken 2013)² bezeichneten städtischen Bereich. Der LAP Schöneeweide wurde besonders auf die Problematik neonazistischer Gefährdung einerseits und einer als hemmend für die Wirtschaftsentwicklung beklagten Stigmatisierung des Stadtteils andererseits zugeschnitten und zur bislang dreijährigen Förderung ausgewiesen. Die zentralen Akteure auch dieses LAP bestehen aus MitarbeiterInnen der lokalen Verwaltung, der Bezirkspolitik und VertreterInnen von stadtteilbezogenen Initiativen

1 http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4548/index_ger.html [4.11.2013]

2 http://uffmucken-schoeneweide.de/files/2013/01/ausstellung_uffmucken_web.pdf [6.11.2013]



und Projekten. Im Begleitausschuss, dem Ämternetzwerk und einem untergeordneten Aktionsfonds werden Projektanträge eingereicht, diskutiert und zur Förderung vorgeschlagen oder abgelehnt. Die Fördermittelvergabe ist Kern aller LAPs, weist aber jeweils starke lokale Spezifika der Projektlandschaft und des unterschiedlichen Engagements der jeweils aktiv Beteiligten auf (siehe auch: LAP SW 2013).³

„Gerechte, tolerante und soziale Verhältnisse können zwar lokal gefordert werden, durchgesetzt werden kann ein ‚Recht auf Stadt‘ aber nur im Ganzen.“

Was aber hat dieser konkrete Ansatz in Schöneeweide mit den oben kurz skizzierten Elementen neoliberaler Neuskalierung sozialer Problemlagen und staatlicher Politiken zu tun?

a) Im Ansatz governing at a distance wird Staatlichkeit durch das Engagement lokaler Akteure verwirklicht. Der Ort der alltäglichen Handlungen wird einseitig auch zum Ort der Ursache des Problems (oft bereits durch eine Problembeschreibung, die vor allem Phänomene und keine Ursachen benennt). Der Ort des Problems wird somit auch zum Lokus seiner Lösung. Das klingt plausibel, wird doch mit der Förderung einzelner Initiativen vor allem auf deren direkte Einflussnahme im Stadtteil gesetzt. Im Kontext des LAP Schöneeweide betonen allerdings (fast) alle Beteiligten,

3 <http://www.lap-sw.de/> [30.10.2013]

dass sie möglicherweise das Problem der rechtsradikalen Präsenz lokal mehr oder weniger stark beeinflussen können, dass sie aber weder Neonazismus und Rassismus als gesellschaftliche Frage lösen können. Ihr Engagement führe lediglich zu einer (vor allem auch räumlichen) Verschiebung des Problems, etwa in andere Stadtteile oder in Brandenburger Gemeinden mit weniger Projektpotential. In anderen Kontexten wird dies auch böse immer wieder als NIMBY-Ansatz (Not In My Backyard) kolportiert, er stellt aber letztendlich nichts anders als die Konkretisierung lokalistischer Konkurrenzverhältnisse dar. Angesichts dieser Erkenntnis, dass grundsätzlich lokal wenig verändert, aber einiges finanziert werden kann, überwiegt hier bei den beteiligten Akteuren ein deutlicher Pragmatismus im Umgang mit und in den Erwartungen an die Wirkungsweisen des LAP.

b) Nachhaltigkeit durch zivilgesellschaftliche Aktivierung lässt sich in Schöneeweide als oftmals vor allem existentiell geprägte Praxis der taktischen Fördermittelakquise verstehen. Vor allem die am LAP beteiligten Projekte können teilweise auf eine jahrelange Erfahrungen im Bereich zunehmend privatisierter Sozial-, Bildungs- und Kulturarbeit zurückblicken. Die hier angetretene neue Akteurskonstellation lokaler Stadtaktiver stellt sich bei genauerer Betrachtung als ein recht überschaubarer und schon lange gegenseitig bekannter Personenkreis dar, deren Engagement sich zwischen temporären Anstellungen in bezahlten Jobs und Phasen des Ehrenamtes bewegt. Obwohl allen Projektbeteiligten die kurzen Förderzeiten und ständigen Antragstellungen als Zumutung erscheinen, macht sich hier niemand Illusionen über eine zukünftig wieder kommunal institutionalisierte Sozialarbeit und Kulturförderung. Der kompetitive Charakter der Förderkulisse wird eher als Möglichkeit

zur Profilierung empfunden. Nach vielen Jahren der „Projektitis“ in Schöne-weide haben sich in diesem Feld sowieso nur die zähesten Akteure halten können.

Fazit

Jenseits individualisierter Zuschreibungen ist Lokalismus als Regierungsform auch im Bereich der Abwehr von Rechtsradikalismus und der Förderung von „Toleranz und Vielfalt“ nunmehr fest verankert. Dass hier Probleme eher (sozialräumlich) verlagert denn gelöst werden, liegt nicht an den Horizonten der Akteure, sondern in der Natur der Sache lokaler Interventionen und ihrer administrativen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen. Vielfach wird gefordert, die engen kommunalen Spielräume und Projekt-Laufzeiten wieder in Richtung Verbindlichkeit, Institutionalisierung und Langfristigkeit aufzulösen. Gleichzeitig besteht der Wunsch, auch weiterhin als relevanter Akteur in Projekten und Initiativen an lokalen Prozessen beteiligt zu werden. Die latente Entpolitisierung der Handlungsfelder wird durch den Bezug auf den Stadtteil und die hier erlebten Situationen und sichtbaren Probleme unterstrichen, indem allein die Orte und nicht die Beziehungen und Verhältnisse zum Fokus der Projekte werden. Das Spannungsverhältnis zwischen schlecht oder gar nicht bezahlten Tätigkeiten (im Ehrenamt oder als Freiwillige) und notwendigem und erwartetem professionellem Handeln soll durch die Einbindung in Ausschüsse und Gremien abgefedert werden. Die Zusammensetzung dieser Gremien belegt aber, dass sich auch hier nur die gut abgesicherten Projektvertretungen langfristig treffen. Einzelpersonen (ohne Projekt im Hintergrund) und weniger in lokalen Netzwerken eingebundene Zugezogene bleiben außen vor. Auch so zementiert die lokale Handlungsperspektive ein exklusives Feld der Einheimischen, also der Leute, die hier mitreden dürfen/können und derjenigen, die eher als Störenfriede empfunden werden. Die Dauer der Anwesenheit im Kiez wird zum Wahrheitsanker und zur Legitimationsfigur. Dieser fast schon kleinstädtische Habitus in Politik, Verwaltung und Stadtteilaktivitäten kollidiert jedoch zunehmend mit den Dynamiken einer wachsenden und wilder werdenden Stadt. Neben den sozialräumlichen Zonierungen und lokalistischen Verfahren entstehen hier transi-

torische und konfrontative Praktiken von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Aufenthaltsdauer, denen diese Konkurrenz der Stadtteile mit ihren lokalen Identitäten und Platzhalten ziemlich egal sind. Die spannende Perspektive für werdende Großstädte wie Berlin ist also weniger in der weiteren Anrufung und tieferen Verankerung lokaler Verantwortungs-techniken zu sehen, sondern inwieweit es gelingt, neue Formen von Beteiligung und Stadtbürgertum (Citizenship) von den konkreten Wohnorten der Herkunft und des Lebens in Berlin Stadtteilen und Kiezen abzukoppeln. Denn gerechte, tolerante und soziale Verhältnisse können zwar lokal gefordert werden, durchgesetzt werden kann ein „Recht auf Stadt“ aber nur im Ganzen.

Literatur

Brenner, Neil / Theodore, Nick 2002: Preface: From the New Localism to the Spaces of Neoliberalism. In: *Antipode* Nr. 34/3, 342-379.

Brenner, Neil / Jessop, Bob / Jones, Martin / MacLeod, Gordon (Hg.) 2003: *State/Space: A Reader*. Malden, MA.

Glick Schiller, Nina / Çağlar, Ayse 2009: 'Towards a Comparative Theory of Locality in Migration Studies: Migrant Incorporation and City Scale'. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 35:2, 177-202.

Häussermann, Hartmut / Siebel, Walter 1993: *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte*. Leviathan Sonderheft 13.

Hain, Simone 1997: Der Berliner Städtebaudiskurs als symbolisches Handeln und Ausdruck hegemonialer Interessen. In: *WeltTrends* Nr. 17, Winter 1997, 103-122.

Smith, Neil 1984: *Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space*. Oxford.

Swyngedouw, Eric 1997: Neither global nor local: „Glocalization“ and the politics of scale. In: Cox, Kevin (Hg.): *Spaces of Globalization*. New York, 137-166.

Wallace, Andrew 2009: Governing at a distance? The turn to the local in UK social policy. In: *Social policy review. Social Policy Review*, 21 (21).

Dr. Thomas Bürk ist Sozialgeograph, Historiker und empirischer Kulturwissenschaftler.

NEUERSCHEINUNG

Der Kampf um Räume

Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion



Helmut Kellershohn | Jobst Paul (Hg.)



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)

Der Kampf um Räume

Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion

Edition DISS Band 34

224 S, 19,80 €

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Die sozialen Umbrüche, die von der ›neoliberalen‹ oder ›unternehmerischen‹ Stadt systematisch produziert werden, können wiederum – in den strukturgeschwächten Stadtteilen des Ruhrgebiets z.B. – Anknüpfungspunkt für eine ›Raumergreifungsstrategie‹ von rechts sein. Der zweite Schwerpunkt, ›Europa als hegemoniales Raumkonzept‹, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt. Der Satz »Europa spricht Deutsch« evoziert die Frage nach historischen Diskursen deutscher Hegemonial- und Expansionspolitik in Europa und ihrer Reaktualisierung, zum einen in modifizierter Form im Rahmen einer neoliberalen Austeritätspolitik, zum anderen in Form einer Wiederanknüpfung in extrem rechten Diskursen.

Mit Beiträgen von Leroy Böthel, Thomas Bürk, Alexandra Graevskaia, Jans Helmig, Stefan Lehnndorff, Yves Müller, Lucas Pohl, Fabian Virchow, Anne Vogelpohl, Thomas Wagner und Benjamin Winkler

Alter Wein in neuen Schläuchen oder die Zementierung tradierter Stereotype

Eine Rezension von Michael Lausberg

Rolf Bauerdick bestätigt in seinem Buch jahrhundertealte Vorurteile über Sinti und Roma innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Gleichzeitig dient er als Stichwortgeber für die extreme Rechte.

Es ist wie fast immer seit der Einwanderung von „Zigeunern“ nach Deutschland im frühen 15. Jahrhundert: Vertreter der Bildungsschicht innerhalb der Dominanzgesellschaft erklären ihren Mitgliedern, wie Sinti und Roma denken, fühlen und handeln. Einer dieser paternalistischen Meinungsbildner ist der Journalist Rolf Bauerdick. Bauerdick versucht im Zuge der Zuwanderung aus Südosteuropa seit 2007, darunter auch Roma, in deutsche Metropolen wie Berlin, Dortmund, Duisburg oder Mannheim der deutschen Öffentlichkeit allgemeingültige Wahrheiten über die größte europäische Minderheit näher zu bringen.

Bauerdicks Blickwinkel auf Roma ist dabei aber höchst fragwürdig. Er schafft es nicht, sich von Normalitätsvorstellungen seiner eigenen westlichen Kultur zu distanzieren und diese aus ihren eigenen kulturellen und sozialen Kontext zu begreifen. Zuschreibungen, die das Eigene zum Maßstab zur Auseinandersetzung mit dem Anderen machen, durchdringen das gesamte Buch. Seine Herangehensweise erinnert stark an Erfahrungsberichte à la Scholl-Latour, die nur die gesammelten subjektiven Erfahrungen wiedergeben und niemals (wissenschaftliche) Objektivität erreichen können.

Der von der FAZ als „unerschrockene(n) Polemiker“ (6.7.13) benannte Bauerdick bezeichnet den im Titel verwendeten Begriff „Zigeuner“ als einen „ehrenwerten Begriff“ (166) und liefert einige Beispiele dafür, dass Roma selbst den Begriff „Zigeuner“ akzeptieren. Nicht näher benannte „Meinungsbildner in den Medien“ hätten „die Ächtung des Begriffs ‚Zigeuner‘ weitgehend zu ihrer eigenen Sache“ gemacht und damit „die Sichtweise der Funktionäre zur Norm erhoben“ (175). Dass eine kleine Minderheit den Begriff „Zigeuner“ als Selbstbe-

zeichnung wählt, ist unbestritten. Von der großen Mehrheit, z.B. vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und von Rom e.V., wird der Begriff „Zigeuner“ jedoch als diskriminierendes Konstrukt der Dominanzgesellschaft abgelehnt. Die Sinti Allianz Deutschland aus Köln akzeptiert die Bezeichnung nur dann, wenn das Wort wohlmeinend gebraucht wird.

Bauerdick geht es darum, die These zu entkräften, dass die Mehrheitsgesellschaft immer nur die Täter stellt und die Minderheit immer nur die Opfer sei. Aus einer essenzialistischen Sicht kritisiert er die angeblich fehlende Eigenverantwortung zur Verbesserung ihrer Situation: „Nach ungezählten Begegnungen in über zwanzig Jahren erinnere ich kaum einen Rom, der für die Wurzel seiner Misere ein Stück Verantwortung bei sich selber gesucht, geschweige denn gefunden hatte.“ (14) Bauerdick fordert von den Roma ein, „den Opferstatus aufzugeben und endlich einmal die Ursachen des Dauerelends nicht bei der [...] Mehrheit zu suchen, sondern bei sich selbst.“ (151) Dieses jahrhundertealte Ressentiment ist typisch für viele Angehörige der Mehrheitsgesellschaft: Mit dem Verweis auf eine Schuld der Sinti und Roma müssen eigene Schuldanteile sowie das eigene antiziganistische Weltbild nicht hinterfragt werden.

Bauerdick dient auch als Multiplikator für andere antiziganistische Stereotype. Er redet gerne in provozierender Ausführlichkeit über eine Kriminalität der Roma. Einzelne spektakuläre Fälle von Mord und Vergewaltigung nehmen im Buch großen Raum ein, genauso wie „organisierte Bettelnetzwerke und Diebesbanden in Westeuropa“ (261). Roma werden von Bauerdick im Gegensatz zu westlichen Gesellschaften als vormodern und primitiv dargestellt. In der Unterüberschrift des 4. Kapitels heißt es: „Bulgarien. Mit

einem Bein im Mittelalter“ (77). Unter den „Menschen, die noch nicht einmal im 20. Jahrhundert angekommen schienen“, herrsche „eine rückständige Armut“ (78). Die alte Zuschreibung der Wahrsagerei darf auch nicht fehlen: Angeblich soll es in Rumänien noch 4.000-20.000 „Hexen“ geben (68). Bauerdick spricht sogar von „Eigenarten zigeunerischen Identität“ (337), d.h. er schreibt Sinti und Roma unabhängig vom Individuum unveränderliche Wesenszüge zu. Das ist Rassismus pur.

In der extrem rechten Publizistik wird Bauerdick dann gerne als Stichwortgeber ihrer menschenverachtenden Haltung gegenüber Migrant_innen im Allgemeinen und Sinti und Roma im Besonderen eingesetzt. Die PREUSSISCHE ALLGEMEINE ZEITUNG¹ und der Internetblog PI² jubilierten besonders über Bauerdicks Engagement gegen „politische Korrektheit“. Ellen Kositzka bezeichnete in der SEZESION Bauerdicks Werk als „das Sachbuch des Jahres“, das das „Schweigegebot“ über Sinti und Roma in der BRD durchbräche.³

Insgesamt gesehen ist das Buch von Bauerdick eine weitere Bestätigung und moralische Entlastung für weite Teile der Mehrheitsgesellschaft, die jahrhunderte lang tradierte Stereotype über „Zigeuner“ verinnerlicht haben und nicht bereit sind, jedes Individuum fern von einem essenzialistischen Kontext zu beurteilen.

Rolf Bauerdick

Zigeuner. Begegnungen mit einem ungeliebten Volk

München 2013: DVA-Verlag, 350 S., 22,90 €

Michael Lausberg ist Mitarbeiter des DISS.

1 www.preussische-allgemeine.de/nachrichten/artikel/ohne-jede-politische-korrektheit [12.11.2013]

2 www.pi-news.net/2012/01/zigeuner-wieder-politikkorrekt [12.11.2013]

3 www.sezession.de/39064/rolf-bauerdick-ist-ein-zigeunerfreund.html [12.11.2013]

„Die Ereignisse erinnern fatal an die rassistische Pogromstimmung von Anfang der 1990er Jahre.“

Presseerklärung des DISS

Seit Mitte der 1980er Jahre befasst sich das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) mit den Reaktionen deutscher Bürgerinnen und Bürger auf die Einwanderung nach Deutschland. Siegfried Jäger, Professor an der Universität Duisburg/Essen und langjähriger Vorsitzender des DISS sowie das gesamte DISS-Team haben in einer Vielzahl von Projekten und Veröffentlichungen belegen können, dass in Deutschland ein alltäglicher Rassismus herrscht, der alle Bevölkerungsschichten erfasst hat und durch Politik und Medien fortlaufend geschürt wird.

Rassismus ist keine Erfindung einiger extrem rechter Wirrköpfe, sondern ein gesellschaftliches Gesamtproblem, das von ihnen nur ausgenutzt wird. Will man Rassismus bekämpfen, sollte man nicht nur auf den extremen rechten Rand zielen, sondern auf die Faktoren, die diesen Rassismus beständig hervorbringen: z.B. eine restriktive Ausländerpolitik in Deutschland und die fast durchweg miserable Berichterstattung in den Medien.

Klar sollte werden: Zuwanderung ist ein Menschheitsphänomen seit es Men-

schen gibt. Anders gesagt: Seit es Menschen gibt, wandern sie. Diese Wanderungen waren und sind die Grundlage für das Entstehen großer Städte und Ballungsgebiete wie z. B. das Ruhrgebiet.

Die derzeitige Einwanderung von Menschen aus Südosteuropa nach Duisburg, Berlin und anderen Städten ist auf die riesige Armut und auch auf die Verfolgung der Roma vor allem in Rumänien und Bulgarien zurückzuführen. Außerdem fliehen Menschen vor Kriegen in Afghanistan, dem Irak, Syrien und an-

derswo. Mit ihnen wandern auch andere Sprachen, Prägungen, Sitten, Gebräuche und Religionen in den Zielländern ein, was zwar immer auch eine Bereicherung bedeutet, aber auch Missverständnisse, Streitigkeiten und Belastungen nach sich ziehen kann.

Die Konsequenz daraus ist: Einwanderer brauchen Hilfe und Unterstützung. Das gilt aber auch für die von Armut betroffenen Eingeborenen. Und genau da liegen die Probleme: Die Hilfe und Unterstützung bleibt weitgehend aus, und damit die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben. Damit eröffnet sich ein Betätigungsfeld für extreme Rechte. Die Konflikte eskalieren bis zu Pogromstimmung und Brandanschlägen, wie dies (nicht nur) in den 1990er Jahren in Rostock, Solingen und Mölln und in tausenden weiteren Gemeinden der Fall war. Die Idee der Demokratie gerät unter Druck, Einwanderer und Alteingesessene werden allein gelassen. Der Staat und seine Organe versagen.

Prof. Siegfried Jäger, der Gründer des DISS, erklärte: „Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen rund um das Haus in Duisburg-Bergheim erinnern fatal an die rassistische Pogromstimmung von Anfang der 1990er Jahre. Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel in der Ausländerpolitik. Eine Politik der Abschreckung, Ausgrenzung, der Assimilationsforderungen und der sozialen Vernachlässigung schafft Probleme statt sie zu lösen und sie schürt den Alltagsrassismus in der Bevölkerung. Die akute Zuspitzung der Situation in Bergheim erfordert aber zunächst einmal sofortiges Handeln. Die Polizei und die Stadt Duisburg sind in der Pflicht, die Unversehrtheit der Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses ‚In den Peschen‘ sicherzustellen, damit Duisburg nicht bald schon durch eine neue vorhersehbare Katastrophe zum Ort des Schreckens wird.“



„Eine Politik der Abschreckung, Ausgrenzung, der Assimilationsforderungen und der sozialen Vernachlässigung schafft Probleme statt sie zu lösen und sie schürt den Alltagsrassismus in der Bevölkerung.“

Demokratie und/oder Kapitalismus?

Vorschläge aus der AG Demokratie des DISS, zur Diskussion gestellt

Mit den folgenden Thesen hat sich auf dem 2. DISS-Tag die neue AG Demokratie vor- und zur Diskussion gestellt. Dabei gingen die Referenten von den folgenden Fragestellungen aus:

1. Repräsentative Demokratie in der Vertrauenskrise als grundsätzliches Problem der repräsentativen Demokratie, oder besteht hier nur ein Reformbedarf?

2. Gibt es eine Demokratie ohne Kapitalismus? Oder ist eine Perspektive „Demokratie“ ohne Kapitalismus realistisch, und welche Wirtschaftsform wäre dem angemessen? Oder muss das Verhältnis beider neu verhandelt werden?

3. Lässt sich die Nation, die bisher an die Demokratie gebunden war, durch erweiterte Identitäten als Träger wirkungsvoller Demokratien in Zeiten der Globalisierung ersetzen, und was wären diese? Oder bleibt die Nation der unumgängliche Träger demokratischer Strukturen?

4. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Soziale Bewegungen und Politische Arbeit generell. Können soziale Bewegungen von wissenschaftlichen Analysen profitieren? Occupy und Wall-

street begannen mit (oft sehr unterschiedlichen) sozialen Motiven (Wohnungsnot, Fahrpreiserhöhungen, zu niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit etc. etc.) und entwickelten in ihren Verlauf sehr oft gleiche Ziele (Menschenwürde, Demokratie etc.)¹ Ist aber die Kritik an sozialen Nöten etc. nicht sogar systemstabilisierend, weil ihr sehr schnell durch Zugeständnisse oder rhetorische Beschwichtigungen begegnet werden kann? Sind das nicht letzten Endes Antworten auf die neo-liberalistische Entwicklung des Globus?

Die ersten drei Thesen orientieren sich im Wesentlichen an einer Umfrage der Zeitschrift Widerstand 37/2013 „DemoKratie“, die vierte grundsätzlich am Verhältnis von (kritischer) Wissenschaft und linker Politik. Alle Punkte werden sehr knapp und thesenhaft behandelt und sollen zu weiterer Diskussion anregen.

¹ Siehe dazu Torsten Mayerhauser: Eine Kritik der parasoziologischen Vernunft. Sozialkritik im Dienst neoliberalistischen Denkens, Konstanz 2013: UVK.

Repräsentative Demokratie in der Vertrauenskrise

Von Helmut Kellershohn

I. Zwei Sichtweisen

Das klassische Argument gegen die Demokratie als Selbstregierung des Demos stammt von Montesquieu. In großen Staaten seien allein gewählte Repräsentanten in der Lage, die Angelegenheiten des Gemeinwesens zu erörtern: „Das ist ihr großer Vorteil. Das Volk ist dazu durchaus nicht geeignet. Das ist eines der großen Gebrechen der Demokratie.“ Das Ideal repräsentativer Demokratie, ihre Legitimation, besteht darin, dass freie Repräsentanten erstens ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten (dadurch, dass sie gewählt sind) und zweitens in allgemeiner Über-

einstimmung mit dem Volkswillen, d.h. mit dem Anspruch, dem Gesamtinteresse des Volkes zu dienen, den Staatswillen formen.

Gegenüber diesem legitimatorischen Zusammenhang hat Max Weber repräsentative Demokratie im Wesentlichen als ein optimales Instrument der Führerauslese, als „Führerdemokratie“ verstanden. Legitimation erfolgt hier über das Charisma der Führer bzw. des Führers (Reichspräsident). Der legitimatorische Zusammenhang wird damit auf den Kopf gestellt: Der Führer fällt seine Entscheidungen aus ureigenster Überzeugung, muss sich aber dann – mit Hilfe des Parteiparates („Maschine“) – Gefolgs-

schaft im Parlament und bei den Massen erkämpfen. Nicht die politische passive Masse gebiert aus sich heraus den Führer, sondern der politische Führer wirbt sich die Gefolgschaft und gewinnt durch Demagogie die Masse. Repräsentative Demokratie, Demagogie und charismatische Führerschaft gehören für Max Weber zusammen. Der Umschlag hin zu einem charismatischen Diktator ist diesem Zusammenhang immanent, Carl Schmitt hat diese Konsequenz gezogen.

II. Krise der Repräsentation heute

Wenn heute von einer Krise der Repräsentation gesprochen wird, so vor allem

in Hinblick auf das Ideal der Repräsentation, in Bezug auf die mangelnde Anbindung an den sog. Volkswillen, der von verschiedensten Seiten reklamiert wird. Als Führerdemokratie, also realistisch gesehen im Sinne Max Webers, funktioniert sie durchaus, solange zumindest eine Volkspartei und eine halbe Volkspartei mit rund zwei Dritteln der Wählerstimmen das Sagen haben und als Staatsparteien fungieren können. Gleichwohl signalisiert die Zunahme folgender Phänomene krisenhafte Prozesse:

1. Die neoliberale Austeritätspolitik erzeugt Effekte, die dem Ideal der repräsentativen Demokratie zuwiderlaufen. Insbesondere auf EU-Ebene hat sich ein Notstandsregime entwickelt, das von der nationalstaatlichen Ebene aus nicht mehr durch den Souverän und seine Repräsentanten in den Parlamenten kontrollierbar erscheint.

2. Von Seiten der hegemonialen Eliten wiederum werden mangelnde Effizienz des parlamentarischen Systems, die hohen Transaktionskosten des Föderalismus oder etwa der angeblich überdimensionierte Sozialstaat beklagt.

3. Die dem entgegengesetzte Kritik verweist darauf, dass der finanzmarktgetriebene Kapitalismus soziale Ungleichheiten vertieft, die Prekarisierung vorantreibt, eine schwindende Partizipationsbereitschaft der Armen produziert, die zu Passivierung und Entpolitisierung führt.

4. Der Rechtspopulismus profitiert davon. Teile der Eliten und der sog. Leistungsträger reartikulieren die Konflikte um den Euro, Brüssel und den Sozialstaat als Gegensatz von Volk und Staat und verbinden dies mit einer Ethnisierung des Sozialen. Das „Wir“ wird völkisch aufgeladen.

5. Die Repräsentationskrise führt zu einer Vielfalt von sozialen Widerstandsbewegungen, die von unten die Folgen der Banken-, Euro- und Schuldenkrise thematisieren und das neoliberale Programm der Privatisierung und Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche angreifen. Soziale Bewegungen entwickeln sich aber nicht nur, vereinfacht gesprochen von links, sondern haben eine durchaus auch konservative Komponente, wenn die sog. Leistungsträger um traditionelle Privilegienstrukturen fürchten oder weil auch sie sich betroffen fühlen von den Folgen des Austeritätsprojekts.

III. Radikaler Reformismus

Um an den letzten Punkt anzuknüpfen: Das Diffuse mancher sozialer Bewegungen zwingt zu grundsätzlichen Überlegungen, in welche Richtung sich Widerstandspotentiale entwickeln könnten bzw. sollten. *Colin Crouch* beispielsweise will die repräsentative Demokratie nicht abschreiben, sondern sieht Soziale Bewegungen als Korrektiv. Deren Aufgabe sei es, Themen, die von oben ignoriert oder vernachlässigt würden, kampagnenmäßig aufzugreifen und in die Parteien reinzutragen, um darüber zu einer Veränderung herrschender Politik beizutragen.

Alex Demirović lehnt eine solche klassisch reformistische Strategie ab. Er plädiert für eine „Demokratisierung der Demokratie“. Demokratisierung, so Demirović, „ist in der Breite der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig und meint nicht nur eine unverbindliche Partizipation, sondern die Einrichtung von Verfahren, in denen tatsächlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Zuerst in der Wirtschaft selbst, da von dorthin die autoritären Dynamiken rühren. Aber auch in den Schulen und Hochschulen, in den staatlichen Planungsprozessen und der Verwaltung.“

Joachim Hirsch sieht folgendes Problem: „Eine auf Emanzipation abzielende Politik kann sich nur aus der bestehenden Gesellschaft und ihren Widersprüchen heraus entwickeln und bleibt deren Strukturen, Handlungsorientierungen und Subjektpägungen verhaftet.“ Soziale Bewegungen müssten daher „neue gesellschaftliche Orientierungen und Praktiken durchsetzen und kollektive Erfahrungs-, Aufklärungs- und Lernprozesse in Gang setzen“, diese immer wieder aufs Neue reflektieren und weitertreiben. Mit Poulantzas spricht er von einem „radikalen Reformismus“: Reformismus deshalb, weil es nicht um revolutionäre Machtergreifung geht, und radikal deshalb, weil auf die gesellschaftliche Beziehungen (Arbeits-, Geschlechter-, Naturverhältnisse) gezielt wird, die „die dominanten Macht- und Herrschaftsverhältnisse hervorbringen.“ Das schließt nicht aus, dass es auch darum geht, auf staatlicher Ebene „er kämpfte soziale Rechte und Kompromisse verbindlich“ festzuschreiben.



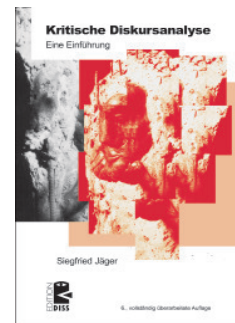
Siegfried Jäger/Jens Zimmermann (Hg.)
in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS

Lexikon Kritische Diskursanalyse

Eine Werkzeugkiste.

Edition DISS Bd. 26, Münster: Unrast
144 S., 16 Euro

Das Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. Diskurstheorie im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das Lexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.



Siegfried Jäger
Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung

6. vollständig überarbeitete Auflage
Edition DISS Bd. 3, Münster: Unrast
258 S., 19,80 Euro

Mit der 6. Auflage erweitert Jäger sein paradigmatisches Einführungswerk zur Kritischen Diskursanalyse um eine dispositiva-analytische Perspektive. Im Zentrum dieser neuen Einführung steht nach wie vor die Frage nach dem politischen Nutzen der Diskursanalyse, der zwar gelegentlich noch bestritten wird, letztlich jedoch weitgehend anerkannt ist.

Gibt es eine Demokratie ohne Kapitalismus?

Von Wolfgang Kastrup

Die Tatsache, dass sich diese Frage überhaupt stellt, verweist darauf, dass das Verhältnis kein notwendiges und daher auch problematisch sein kann. In der Verbindung zwischen Kapitalismus und Demokratie zeigt sich der Widerspruch zwischen formeller politischer Rechtsgleichheit und konkreter sozioökonomischer Ungleichheit, oder anders ausgedrückt, der mit gleichen Rechten ausgestattete „citoyen“ steht dem „bourgeois“ gegenüber, der über ungleiche Möglichkeiten verfügt (Besitz und Nichtbesitz von Produktionsmitteln).

Diese Doppelrolle charakterisiert den Widerspruch der bürgerlichen Demokratie. Hier werden Gleichheit und Freiheit zur Notwendigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Die Subjekte treten als rechtlich gleiche und freie im Austauschprozess der Waren gegenüber – im Unterschied zum Feudalismus – und dies macht sich geltend im Staat, der in relativer Autonomie zu Gesellschaft und Ökonomie und ausgestattet mit dem Gewaltmonopol der Staatsapparate, Gleichheit, Recht und Eigentum seiner Bürger schützt und reguliert, verbunden allerdings organisch mit den Kapitaleigentümern und ihren Fraktionen. Dass der Staat das Gewaltmonopol ausübt, erfolgt unter Zustimmung seiner Bürgerinnen und Bürger.

Wie wird dieses Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus und umgekehrt in der Wissenschaft, in der kritischen Wissenschaft, diskutiert? Hier ein kurzer Überblick:

Christoph Butterwegge kritisiert die „Marktgesellschaft“, die die Gesellschaft in große Armut und unermesslichen Reichtum spalte. An seine Stelle solle auf der Basis einer grundlegenden Änderung bestehender „Eigentums-, Macht- und Herrschaftsstrukturen“ ein „inklusive Sozialstaat“ treten, um Armut energisch zu bekämpfen. *Hauke Brunkhorst* will mit der Demokratie den Kapitalismus bändigen und plädiert für eine wenigstens teilweise Vergesellschaftung der Produktionsmittel, um den Interessen der ganzen Gesellschaft zu entsprechen. Für *Alex Demirović* gehört „zum Kapitalismus im idealen Durchschnitt die parlamentarische Demokratie“,

um mit ihr die unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft friedlich zu regeln. Für ihn haben die „Regierungstechnologien der Governance“ nichts mehr mit Demokratie zu tun, und er spricht vom „Staatsstreich“. Er verweist auf das Einsetzen technokratischer Regierungen, Haushaltskontrollen durch die EU und erzwungene nationale Gesetze, die die Gläubiger schützen. Er spricht vom Fiskalpakt und dem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit. Der vom Neoliberalismus betriebene Abbau sozialer Rechte geht seiner Meinung nach weiter (Demirović 2013, 196). Diese Form der Herrschaftsausübung sieht *Joachim Hirsch* durch den „autoritären Etatismus“ in Anlehnung an Poulantzas charakteri-

sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Gewichtungverhältnisse von Staat und kapitalistisch geprägter Marktwirtschaft“. Er meint damit niedrige und hohe Staatsquoten, unterschiedliche Sozial- und Bildungsstandards. Er will eine soziale Demokratie mit einer Wiederherstellung des Primats der Politik. Für ihn sichern hohe soziale Standards oftmals eine höhere Produktivitätsentwicklung. Dies erinnert u.a. an die Hochlohnstrategie von Henry Ford in den 1920er Jahren. *Samuel Salzborn* sieht zwischen der Demokratie und der „kapitalistischen Anarchie des Marktes“ eine „Einheit im Widerspruch“. Da der Kapitalismus nicht ohne den Staat (ordnende Zentralgewalt) existieren könne, folgert

„Wolfgang Streeck ist zuzustimmen, wenn er sagt, dass wir die Zukunft der Demokratie, wo auch immer, nicht ohne den Kapitalismus denken dürfen, das heißt, die Demokratietheorie nicht ohne politische Ökonomie betreiben können.“

siert. Demirović sieht dies anders. Für ihn kommt es „zu einer neuen Form von bürgerlicher Ausnahmeherrschaft, der transnationale Netzwerkstaat nimmt die Form eines gouvernementalen Unsicherheits- und Austeritätsstaates an“ (Demirović 2013, 197). Mit transnationalem Netzwerk meint er, dass die Entscheidungen von wenigen Finanzministerien und Notenbanken, EZB, IWF, EU-Kommission, Finanzindustrie und Ratingagenturen getroffen werden. *Katrin Meyer* sieht einen Gegensatz zwischen der Funktionslogik des Kapitalismus, die eine exklusive profitorientierte Verfügung über Kapital, Boden und Waren beinhalte, und einer Machtteilung in der Demokratie. Deshalb argumentiert sie für eine demokratische Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft: Ein häufig zu hörendes Argument kritischer Wissenschaft. Eine Demokratie ohne Kapitalismus – eine Zukunftsvision. Nicht ganz überraschend widerspricht hier allerdings *Julian Nida-Rümelin*, der eine Demokratie ohne Kapitalismus für nicht realistisch hält. Es gebe nicht „den Kapitalismus,

er, dass „der Staat der einzige existierende Akteur (ist), der ihn effektiv limitieren will, kann und muss“. Woher Salzborn allerdings diesen Willen des Staates bemerkt haben will, bleibt unklar.

Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob der Staat überhaupt als korrigierende Kraft gesehen werden kann, um den Kapitalismus zu bändigen. So sieht es ja nicht nur Salzborn, sondern so sehen es auch etliche soziale Bewegungen, so z.B. Occupy und auch viele Linke, mit ihrer auf den Staat fixierten Reformstrategie, um so eine demokratische und soziale Gestaltung zu erreichen. Zu fragen ist allerdings, woher sie die Gewissheit nehmen, dass z. B. ein Anspruch gegen Verarmung existiert. Von den existierenden Demokratien können sie das unmöglich haben. Werden hier nicht falsche Hoffnungen auf den Staat bezüglich einer Repolitisierung gelenkt? Das Grundproblem ist doch: Auch dem Staat ist die Verwertungslogik und der Verwertungsprozess vorausgesetzt. *Wolfgang Streeck* ist zuzustimmen wenn er sagt, dass wir die Zukunft der Demokratie,

wo auch immer, nicht ohne den Kapitalismus denken dürfen, d.h., die Demokratietheorie nicht ohne politische Ökonomie betreiben können.

Wirkliche Demokratie, eigentliche Demokratie wird oft zum Maßstab genommen, um Abweichungen vom Ideal zu beklagen. Michael Heinrich hat Recht, wenn er sagt, dass unter kapitalistischen Verhältnissen die bestehenden demokratischen Systeme, trotz unterschiedlicher Varianten, bereits die wirkliche Demokratie beinhalten (vgl. Heinrich 2004, 207).

Vielleicht ist ja der „radikale Reformismus“ als Transformationsprozess eine Strategie für eine Demokratie jenseits des kapitalistischen Staates, so wie

ihn Joachim Hirsch beschrieben hat. Mit „Reformismus“ meint er, dass Veränderungen nicht durch den Staat, sondern nur durch langwierige Bewusstseinsprozesse möglich seien. Mit „radikal“ meint er eine Entwicklung, die die grundlegenden Herrschaftsverhältnisse betreffen. Emanzipatorisches Handeln müsse sich dem Kapitalismus bewusst entgegenstellen und ihn durchbrechen (vgl. Hirsch 2005, 231/232). Wie gesagt: Eine Demokratie ohne Kapitalismus als erstrebenswerte Zukunft!

Wolfgang Kastrup ist Mitarbeiter im Arbeitskreis Demokratie des DISS.

Weitere Literatur

Demirović, Alex 2013: Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung, PROKLA 171. 193-215.

Heinrich, Michael 2004: Kritik der politischen Ökonomie, Stuttgart.

Hirsch, Joachim 2005: Materialistische Staatstheorie, Hamburg.

Hirsch, Joachim 2013: Was wird aus der Regulationstheorie? In: Atzmüller, Roland u.a. (Hrsg.) Fit für die Krise? Münster, 380-396

Streeck, Wolfgang 2013: Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 9. 75-92.

Welche diskurstheoretische Arbeitsperspektive bietet die Demokratiedebatte?

Von Anton Meier

Angesichts der Macht und Dynamik globaler Prozesse und global agierender Marktakteure reichen nationalstaatliche Strukturen zur demokratischen Kontrolle eben dieser Prozesse und Akteure nicht aus. Es stellt sich die Frage, wie diese Kontrolle auf supranationaler Ebene etabliert und zugleich demokratisch legitimiert werden soll. Deutlich zeigt sich die Notwendigkeit, Demokratie auf überstaatlicher Ebene nicht nur als ökonomische, wie im Falle der EU, sondern auch als soziale politische Union zu denken und zu gestalten.

An konkreten Ansätzen zum Aufbau demokratischer Strukturen auf supranationaler Ebene mangelt es nicht. Vorgeschlagen werden unter anderem die Stärkung von Verfassungsstrukturen auf überstaatlicher Ebene, die Dezentralisierung der Macht oder auch der Aufbau föderaler Organisationsstrukturen.

Die Widerstände gegenüber der Demokratisierung sind angesichts der hegemonialen Machtstrukturen aber gewaltig. Soziale Bewegungen, die auf die Demokratisierung abzielen, stehen Mächten gegenüber, die sich nicht durch die Effizienz der Märkte bestimmt sind, sondern dies auch in vielfältigen Praxen und Begriffs-

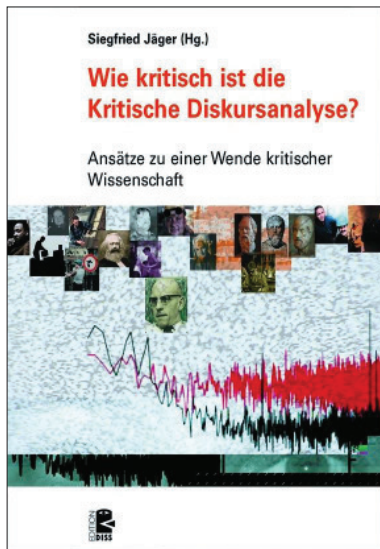
konstruktionen verdeutlichen. So lässt beispielsweise der Begriff der Nation zwei Interpretationen zu: Einerseits bezieht sich der Begriff auf einen politischen-, andererseits auf einen völkischen Verbund. Die völkische Aufladung des Begriffes führt ein Problem mit sich. Der mythische Akteur des Volkes im Begriff Nation ergibt eine Wir-Sie Abgrenzung, die eine solidarische Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Nationen / ‚Völker‘ ausklammert. Mehr noch: Der Begriff bietet einen Nährboden für faschistische Gruppierungen und Parteien.

Das Beispiel macht deutlich, dass die Kritik an den herrschenden Verhältnissen, die die Demokratisierung blockieren, sich auch auf sprachliche Konstrukte beziehen muss. Dabei ist nicht zu vernachlässigen, dass Sprache eingebunden ist in ein zirkuläres Verhältnis mit anderen Macht-Wissens-Komplexen. In diesen Kontext sind unter anderem Institutionen, Gesetze, politische Entscheidungen und Diskurse eingebunden, die miteinander in Wechselwirkung stehen und ein Dispositiv bilden. Angesichts der aktuellen sozioökonomischen Prozesse ist in diesem Zusammenhang von einem Dispositiv des Neoliberalismus zu sprechen. Das Zusammenwirken der verschiedenen Instanzen,

die mit der neoliberalen Entwicklung einhergehen, erzeugt systematisch bestimmtes Wissen und reguliert das Verhalten der Subjekte. Wissensproduktion und Verhaltensregulierung bewirken die Subjektbildung und die Konstruktion einer Kollektividentität.

Um Gestaltungsräume der Demokratisierung sichtbar zu machen, ist eine Analyse der Bedingungen notwendig, die diese Demokratisierung blockieren. Von Interesse ist beispielsweise die mediale Konstruktion einer ‚landesspezifischen‘ Mentalität und Arbeitsmoral, die im Kontext des Sozialabbaus und der Austeritätspolitik in der EU von Bedeutung ist. Auch das Erzeugen von Distanz zu ausländischen Verhältnissen und der Einsatz von Symbolen in den Medien sind in diesem Kontext relevant. Zugleich ist auf das neoliberale Menschenbild des homo oeconomicus einzugehen, das sich in bestimmten Formen der Selbstregierung ausdrückt. Das dabei gebildete Subjekt ist an das Wirtschaftssystem rückgekoppelt, dessen konkreter Ausgestaltung, etwa in Form von Deregulierung und Privatisierungen, es den Weg ebnet.

Anton Meier studiert Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld und absolviert zurzeit im DISS ein Praktikum.



Siegfried Jäger (Hg.)

**Wie kritisch ist die
Kritische Diskursanalyse?**

Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft

Edition DISS Bd. 20, Münster: Unrast
272 S., 24 Euro

Können Diskurstheorie und Diskursanalyse dazu beitragen, neue politische Wege aufzuzeigen, wie globalen Fehlentwicklungen konkret gegenzusteuern ist? Reicht es, das scheinbar Selbstverständliche als fragwürdig und veränderungsbedürftig auszumachen, oder können Orientierungen aufgezeigt werden, wie praktische politische Gegenwehr möglich ist? Um diese Fragen zu beantworten, werden verschiedene Konzepte von Diskurstheorie und Diskursanalyse dargestellt und deren politischer Stellenwert anhand konkreter Untersuchungen beleuchtet. Mit diesem Buch werden die 2007 auf dem 20. Jahrescolloquium des DISS gehaltenen Vorträge und Diskussionen veröffentlicht, die um weitere Beiträge zum Thema ergänzt wurden.

(Wie) kann kritische Wissenschaft für demokratische Politik von Nutzen sein?

Zehn Thesen von Siegfried Jäger

1. An sich ist Wissenschaft immer schon kritisch, sofern sie sich auf gesellschaftlich relevante Themen bezieht und dabei rückhaltlos ihre Ergebnisse offenlegt und plausibel begründet.

2. Wissenschaft ist, wenn sie das tut, gute Parrhesia im Sinne Foucaults. Sie spricht freimütig das aus, was sie als Wahrheit ansieht.¹

3. Sie weiß, dass das nicht ungefährlich ist. Denn solche Wahrheit tut weh, weil sie die herrschenden Wahrheiten in Frage stellt. Sie rechnet daher immer mit Widerspruch, Marginalisierung, Gegenmacht und Unterdrückung. Gute Parrhesia hat es daher immer mit Blockaden von Macht zu tun, also mit Herrschaft.²

4. Wissend, dass das so ist, schützt seriöse Wissenschaft sich und ihre VertreterInnen dadurch, dass sie ihre Gegenstände durch intensive kritische Auseinandersetzung mit den in den Wissenschaften gültigen Wahrheiten absichert.

5. Sie vernetzt sich national und international mit KollegInnen, z. B. indem sie den Austausch ihrer Erkenntnisse durch Treffen und Schriften pflegt.

6. Solche Wissenschaft ist nicht fundamentalistisch. Sie akzeptiert andere Wahrheiten, sofern diese ein demokratisches Ethos vertreten. Kernpunkte eines demokratischen Ethos sind die Wahrung der Menschenwürde und der Erhalt des Lebens.

7. Diese Wissenschaft ist daher per se politisch, aber nicht umstandslos in demokratische Politik umsetzbar. Sie schwebt nicht quasi oligarchisch über dem Wissen der Bevölkerungen. Deshalb muss sie sich vermitteln, Möglichkeiten der Vermittlung nutzen und selbst Möglichkeiten der Vermittlung entwickeln.

8. Möglichkeiten demokratischer Vermittlung sind z. B.: sprachliche Genauigkeit und Klarheit, Kenntnis der Wissenskapazitäten in den Bevölkerungen, sowie intensive Kooperation mit Praktikern (z. B. Lehrern, Leuten aus sozialen Bewegungen, NGOs, evtl. Parteien und Gewerkschaften).

9. Die Kooperation mit Praktikern ist nicht als Schulungsarbeit zu organisieren sondern als gegenseitiger Lernprozess. Die Ergebnisse solcher Lernprozesse sind an andere WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen zu vermitteln.

10. Solche Modelle existieren bereits und sind erfolgreich. Ein Beispiel ist die sehr erfolgreiche Kooperation von Teilen der brasilianischen Arbeiterschaft mit wissenschaftlichen Kräften aus den Universitäten und Instituten.³

1 Zur Frage der Parrhesia vgl. Michel Foucault: Der Mut zur Wahrheit. Die Regierung des Selbst und der anderen. Vorlesung am Collège de France 1983/84, Berlin: Suhrkamp 2010.

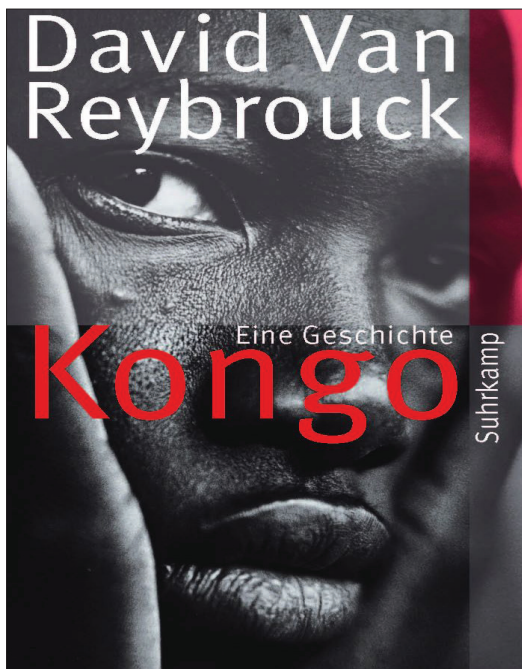
2 Daher lässt sie sich nicht auf Rhetorik reduzieren.

3 S. den Artikel „Solidarische Ökonomie in Brasilien“ von Clarita Müller-Plantenberg, in Gottschlich u.a. (Hg.). „Reale Utopien. Perspektiven für eine friedliche und gerechte Welt“ (Festschrift für Moshen Massarat), Köln 2008, S. 70-81. In der SZ 2013 vom 5./6. 10. fand eine interessante Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen statt.

Der Kongo, Lampedusa und die „Festung Europa“.

(K)eine Rezension zu David Van Reybrouck: Kongo

Von Siegfried Jäger



David Van Reybrouck
Kongo. Eine Geschichte
783 Seiten, 29.95 Euro,
2013: Frankfurt: Suhrkamp
Tb, 14 00 Euro

Der Bestseller von David Reybrouck (Aufl. über 200-000) ist bereits 2010 in niederländischer Sprache erschienen, 2012 in deutscher Übersetzung und als Taschenbuch 2013. Er ist vielfach rezensiert worden, nicht selten mit kritischen Untertönen. Deshalb erübrigte sich eigentlich eine erneute Rezension, doch das nur auf den ersten Blick. Wer die rund 700 Seiten gelesen hat, erfährt viel über den Kongo und seine dramatische Geschichte, die teilweise anhand bibliographischer Zeugnisse erzählt wird, teils aber auch anhand von Interviews, die Van Reybrouck mit alten und jungen Kongolesinnen und Kongolesen vor Ort geführt hat. Insgesamt kommt dabei heraus: Der Autor ist kein Kolonialismus-Forscher im üblichen Sinn, sondern eine Mischung aus Journalist und Literat. Seine Darstellung ist vorwiegend deskriptiv, und das ist auch gut so, aber teils auch nicht so gut. Denn ohne es zu explizieren liefert Van Reybrouck eine Erzählung über die Schwierigkeit dieser riesigen ehemaligen belgischen Kolonie, eine Demokratie zu werden. Die

koloniale und nur scheinbar nicht mehr koloniale Zeit dieses Landes ist damit ein Lehrstück dafür, dass das Konzept und die Realität der Demokratie, selbst wenn man bei diesem Begriff nicht an so etwas wie reale Demokratie denkt, sondern nur an deren Definition unter westlich-europäischen Vorzeichen als repräsentative Demokratie, sowohl in Zeiten brutaler Kolonisation wie auch der nur scheinbaren Entkolonisierung unter neoliberalistischen Bedingungen nicht umzusetzen ist. Im Gegenteil: Die Kolonisierung geht weiter. Die erbarungslose Unterdrückung und Ausbeutung der kongolesischen Bevölkerungen kennzeichnet diese Etappen in gleicher Weise und übersteigt jedes Vorstellungsvermögen wegen der Grausamkeiten und Menschenverachtung der Kolonialmächte und der autokratischen Regierungen, die im engen Bündnis mit dem westlichen Kapital die Menschen des Landes knechteten und zu Hunderttausenden versklavten und ermordeten, legitimiert durch blanken Rassismus und Sexismus, die sich als willkommene In-

strumente der Ausbeutung und massenhaften Tötung der Menschen anboten.

Van Reybrouck beschreibt diese Verbrechen zwar ausführlich, und dafür gebührt ihm Dank, seine Beschreibungen bleiben jedoch Geschichte(n). Sie sagen alles und erklären (fast) nichts. Was Wunder, dass seine Geschichten nicht überall auf Wohlgefallen treffen.

Sie lassen die Leserin und den Leser aber auch nicht kalt. Im Mittelmeer, so ist zu hören, sind in den letzten Jahren 25.000 Afrikanerinnen und Afrikaner auf der Flucht nach Europa ertrunken; vor ein paar Tagen allein etwa 400 bei Lampedusa, der Name einer Insel, der inzwischen symbolisch für eine verbrecherische Einwanderungspolitik steht, die vor einigen Jahrhunderten begonnen hat und bis in unsere Gegenwart fort dauert. Nach der räuberischen Kolonisation, der millionenfachen Versklavung und Ermordung afrikanischer Menschen aus nahezu allen Kolonien fand dieses Menschheitsverbrechen seine Fortsetzung in der Neuzeit in Gestalt einer neoliberalistischen Wirtschafts- und Technologiepolitik, die den einst überaus reichen afrikanischen Kontinent in absolute Armut stürzte, begleitet von der Entstehung korrupter autokratischer Regierungen, grauenhafter Kriege und Vertreibungen. Diese spielen sich in erster Linie in Afrika selber ab. Nur wenigen gelingt die Flucht nach Europa, wo sie nicht willkommen sind. Wer diese Flucht überlebt, gilt als „illegal“ und wird vor Gericht gezerzt. Das ist „die Schande von Lampedusa“. Ungedrührt wird sie dadurch weggeheuchelt, dass die „Festung Europa“ ihre Mauern hochzieht und der Gedanke der Demokratie zum Schutzschild kapitalistischer Ausbeutung verkommt.¹

¹ Vgl. auch den Beitrag von Thomas Kunz auf unserem Blog <http://www.disskursiv.de/2013/10/14/die-scharfmacher/> [12.11.2013].

NEUERSCHEINUNG



Sebastian Reinfeldt

„Wir für Euch“

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus
in Zeiten der KriseEdition DISS Bd. 33; Münster: Unrast
144 S., 16 €

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschlüsse und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen »Begründungen« in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.

Der neoliberale Charakter

Ein Kommentar von Ulrich Brieler

Die herrschaftliche Anforderung an das zeitgenössische Subjekt ist unüberhörbar: „Was tun“ ist das Gebot der Epoche. Dieser Aktivitätsappell erzeugt eine ameisenhafte Betriebsamkeit – und eine elefantöse Müdigkeit. Denn unter dem Imperativ der fortwährenden Hyperaktivität hat sich längst ein Mit-dem-Strom-schwimmen eingestellt. Der Akteur wird zum braven Mitspieler, der untätigst die Pflichtlektionen erledigt, die man ihm abverlangt. Doch der neoliberalen Anrufung kann niemand entgehen: Immer ist das Subjekt unterwegs, ohne jemals anzukommen, ein lebenslanger Arbeitseinsatz.

Das 20. Jahrhundert kannte zwei beherrschende Charakterformationen. Der autoritäre Charakter der Frankfurter Schule war ein Fröschchen der Disziplinar- und Fabrikgesellschaft. Konventionell bis in die Knochen, unterwürfig gegenüber jeder Herrschaft, rigide gegen sich selbst, aggressiv gegen die anderen, destruktiv und zynisch dem Schwachen gegenüber, bildete dieser Charakter das passende Seelenkostüm einer Gesellschaft des Mangels und der Konkurrenz. Er garantierte Arbeitseifer, Gefolgschaft und Mitläufertum. Der narzisstische Charakter, wie ihn Christopher Lasch beschrieben hat, bildete die Antithese des Autoritären. Aber unter dem Deckmantel eines bejahenden Selbstbezuges zeigten sich bereits Züge einer starken Verunsicherung des Subjekts. Beziehungsunfähigkeit, innere Leere und Angst vor der Endlichkeit bestimmten ihn. Im sozialen Kern war der narzisstische Charakter ein Kind des Konsumis-

mus und einer Frühform der Gesellschaft des Spektakels, geboren im „goldenen Zeitalter“ der nationalstaatlichen Kapitalismen. All das ist heute fini, d.h. es geht anders weiter.

Der neoliberale Charakter ist der legitime Erbe dieser Vorfahren, wie er gleichzeitig neuen systemischen Anforderungen erwächst. Ja, deutlicher als seine Vorgänger, spricht er von der gesellschaftlichen Total-Prägung der Subjektivität. Wo man vor kurzem noch idealistischen Flausen eines kulturellen Eigensinns und einer Autonomie der Lebenswelten lauschte, ertönt heute der harte Ruf nach Siegern im Wettbewerb, nach Eliten im Weltmarktfight.

Der neoliberale Charakter meldet seine Dringlichkeit da an, wo die hochtechnologische Produktionsweise einen Menschentypus fordert, der die eigene Verwertung autonom organisiert. Der Kern dieser Subjektivität ist die Selbst-Fixierung als Ware. Man soll es selbst tun, und es geht ums ganze Selbst. War vor nicht so langer Zeit die Behauptung: „Der Kerl verkauft sich ja!“, ein Vorwurf erster Güte, so fragt man heute: „Warum verkaufst Du Dich nicht richtig?“ Der Wettlauf zur Warenförmigkeit ist das erklärte Programm des neoliberalen Charakters.

Heute darf bei Strafe der Sofortächtung niemand mehr immobil, unflexibel, aglobal, desinteressiert sein. Man muss stets zur Verfügung stehen und gleichzeitig das Bewusstsein dieser universellen Verfügbarkeit besitzen. Vom „Motivationstrainer“ über den „Money-Coach“, vom „Typenbildner“ über den „Entspannungstechniker“, vom „Medienberater“ über den „Kommunikationsexperten“,

„Heute darf bei Strafe der Sofortächtung niemand mehr immobil, unflexibel, aglobal, desinteressiert sein. Man muss stets zur Verfügung stehen und gleichzeitig das Bewusstsein dieser universellen Verfügbarkeit besitzen.“

„Der neoliberale Charakter existiert als ein
System von Spaltungen im Subjekt. Er lebt im
Widerspruch, existiert als Versuch, das
Nicht-Integrierbare zu leben.“

von der „Lizenz zum Lächeln“ über die „Selbststeuerungs-Werkstätten“ der Psychoindustrie: Von überall her erklingt die Aufforderung an den neoliberalen Menschen: Du bist nichts, wenn Du nichts aus Dir machst! Kein Fetzen Leben darf sich der Verwertbarkeit entziehen.

Zudem gilt: Jeder muss für sich allein stehen, jeder ist sich selbst der nächste, jeder muss das Bewusstsein dieser Konkurrenz-Isolation als Tugend vermarkten. Der neoliberale Charakter besitzt daher im eigentlichen Sinne keine soziale Dimension, es sei denn eine a-soziale. Denn er ist allein und muss es sein. Er repräsentiert das verlassene Subjekt einer universellen Konkurrenzgesellschaft. Keine Eintracht freier Menschen, sondern Zwietracht entfesselter Gegner. Während man die Messen der Toleranz und der Freundlichkeit singt, steht jeder Gewehr bei Fuß. Das ständige Auf – der – Hut – sein biegt die äußere Unsicherheit ins Verhaltenstechnische. Gefahr droht allerorten. Die Versicherung gegen das Prekäre verleiht dem neoliberalen Charakter einen antisozialen Grundzug: Jeder kann dein Gegner sein. Wenn alles Emphatische gelöscht, wenn jeder dem anderen der Deubel ist, erst dann ist die Utopie der Konkurrenzgesellschaft vollendet. Der neoliberale Charakter arbeitet daran.

Von dem Vorstandsvorsitzenden eines großen Unternehmens hörte man die Empfehlung, 10 % der leistungsschwächsten Mitarbeiter per anno zu entlassen. Das Spartanische der Menschauslese hat dieser Philanthrop jedenfalls besser verstanden als die allgegenwärtigen Orthopäden der Moral.

Der neoliberale Charakter existiert als ein System von Spaltungen im Subjekt. Er lebt im Widerspruch, existiert als Versuch, das Nicht-Integrierbare zu leben: Sei mobil, aber kümmere dich um Familie und Gemeinwesen, sei teamfähig, aber denke an dein Vorwärtskommen, konsumiere, bis die Schwarte kracht, aber Sorge für das Alter vor, misstraue dem Staat, aber gehorche seinen Gesetzen, verachte das Alte, aber schätze die Traditionen, erlerne die

Tugenden, aber brich die Regeln, vertraue dem Markt, aber akzeptiere seine Unberechenbarkeit, plane weitsichtig, aber rischiere stets alles. Wer diesen kategorischen Imperativen gehorcht, lebt prekär.

Wenn etwas ständig beschworen wird, ist Gefahr im Verzug. Niemals wurde so viel vom Subjekt gesprochen wie im Zeitalter seiner massenhaften Aufhebung. Der neoliberale Charakter ist die zeitgenössische Verfallsfigur der bürgerlichen Subjektivität. In einer Geschichte der Verdinglichung wäre er deren jüngste Erfindung.

Einstmals war der Kern bürgerlicher Subjektivität die Kraft der Welt zu widerstehen. Tatsächliche Autonomie behauptete sich gegen systemische Ansprüche, Zweifel und Skepsis waren die Begegnungsformen dem Zustand der Dinge gegenüber. Der neoliberale Charakter höhlt diese Eigenart aus. Oder wie eine Wirtschaftspsychologin meinte: „Wichtig ist zunächst, dass Sie das, was geschieht, so akzeptieren können, wie es ist.“ Niemals käme dem so Geformten die Frage in den Sinn, ob das alles in Ordnung ist. Das Ensemble der neoliberalen Technologien der Menschenführung löscht das aufgeklärte Subjekt schlicht auf. Was das Leben sein soll, wird durch Lifestyle-Magazine, Managementknigges und Anleitungen zum Glücklichen diktiert, aber vor allem und allem als Grundlage dienend durch die alltägliche Einreihung ins Unvermeidliche einer käuflichen Existenz.

Was Adorno für das Kapitalunternehmen behauptete, dass das Risiko des Konkurses das moralische Gütesiegel des Profits ausstellt, hat sich ins Wesen des bürgerlichen Subjekts verlagert. Die allgegenwärtige Angst vor dem Scheitern rechtfertigt seine Einfassung ins Gegebene. Die neue systemische Subjektivität kennt nichts Anderes mehr. Autonome Entfremdung ist der Grundzug der Zeit. Der neoliberale Charakter wird uns noch viel Freude bereiten.

Prof. Dr. Ulrich Brieler lehrt an der Universität Leipzig.

»Das hat doch nichts
mit uns zu tun!«

Die Anschläge in Norwegen
in deutschsprachigen Medien



Regina Wamper | Ekaterina Jadschenko |
Marc Jacobsen (Hg.)

EDITION
DISS

Regina Wamper / Ekaterina Jadschenko
/ Marc Jacobsen (Hg.)

„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ Die
Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien

Edition DISS Bd. 30, Münster: Unrast
178 S., 18 Euro

Zweifelloos war die Berichterstattung über die Anschläge in Norwegen von 2011 für die journalistische Zunft eine große Herausforderung. Der Druck, Nachrichten zu produzieren, wissen zu müssen, was warum passiert und das am besten, bevor es jemand anders weiß, hatte sicherlich großen Einfluss auf die anfänglichen Deutungen der Tat als „islamistische Terroranschläge“.

Die Autorinnen analysieren, wie dieses Ereignis in und von deutschen Medien eingeordnet wurde. Dabei werden besonders die Verschränkungen mit antimuslimischen Diskursen beachtet. Es zeigte sich, dass die Ereignisse in Norwegen die herrschenden Deutungsmuster nicht in Frage stellen konnten. Die Motive des Täters Anders Breivik wurden weitgehend in den Bereich des Pathologischen gerückt. Analysen zu den Reaktionen in extrem rechten und antimuslimischen Medien stellen heraus, wie sich Rechte mit den Morden solidarisierten oder distanzierten.

Mit Beiträgen von Jonas Bals, Martin Dietzsch, Sebastian Friedrich, Astrid Hanisch, Marc Jacobsen, Ekaterina Jadschenko, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn, Sebastian Reinfeldt, Bernard Schmid, Hannah Schultes und Regina Wamper.



Rolf van Raden
Patient Massenmörder
 Der Fall Ernst Wagner und die
 biopolitischen Diskurse
 Edition DISS Bd. 25,
 Münster: Unrast. 184 S., 24 €

Hirnforschung, RAF, Amokläufe in Schulen – in der Auseinandersetzung über solche Themen spielt bis heute ein Mordfall eine Rolle, der sich vor einem Jahrhundert ereignete. Der schwäbische Lehrer Ernst August Wagner tötete 1913 seine fünfköpfige Familie und neun weitere Menschen. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Immer wieder sagte er: Er bedauere nicht, seine Kinder getötet zu haben, da sein ganzes Geschlecht entartet sei. Hier traf sich die Rede des Mörders mit der seines Arztes. Robert Gaupp entwickelte an dem Fall die Lehre von der echten Paranoia. Parallel dazu forderte der angesehene Mediziner Eugenik, Rassenhygiene, Zwangssterilisation und schon 1920 die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Die Studie untersucht das Geflecht biopolitischer Diskurse, in dem sich der Mörder und sein Arzt gemeinsam bewegten. Erstmals werden die den Fall bis heute begleitenden Schriftdokumente aus Presse, Politik und Wissenschaft erfasst und kritisch kommentiert.

„Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“

Das Paradox der Zeitoptimierung

Von Niels Brockmeyer

Burnout ist eine in der heutigen Zeit weitverbreitete Diagnose, die auf die Erschöpfung des Menschen durch Zeit- und Leistungsdruck verweist. Ursächlich für diese Diagnose ist offenbar eine „Verdichtung und damit Steigerung der Handlungsepisoden pro Zeiteinheit“ (Rosa 2012, 194).

Für Michel Foucault ist die Verdichtung von Zeiteinheiten eine Konsequenz der Handlungsweise, die „aus der Zeit immer noch mehr verfügbare Augenblicke und aus jedem Augenblick immer noch mehr nutzbare Kräfte herauszuholen“ (1994, 198) versucht. Diese Vorgehensweise sei typisch für ein von einer ökonomischen Logik geprägtes Zeitverständnis, bei dem es sich nach Foucault „um die Herstellung einer vollständig nutzbaren Zeit“ handelt (ebd., 193). Aufgrund der gesellschaftlichen Dominanz der Zeitökonomie ist das Subjekt gegenwärtig dieser Zeitlogik in äußerst extremer Weise ausgesetzt.

Interessant ist, dass sich zu diesem gesellschaftlich gängigen Zeitverständnis eine vermeintliche Opposition aufzeigen lässt. Ein markantes Schlagwort, das diese Tendenz illustriert, ist das der Entschleunigung. Bei der von mir vorgenommenen Sichtung von derzeit populären Zeitratgebern lässt sich diese Gegentendenz zur Verdichtung von Handlungen wahrnehmen. „Es ist keine gute Idee, jeden Tag mehr zu tun und jede verfügbare Sekunde mit irgendeiner geschäftigen Tätigkeit verplanen zu wollen“ (Ferris 2011, 83).

Der vorliegende Artikel will der Frage nachgehen, inwieweit solche Zeitratgeber tatsächlich eine oppositionelle Tendenz zum bestehenden Zeitdiskurs aufzeigen oder lediglich eine Reproduktion des herrschenden Diskurses darstellen.

Pathologisierung der verdichteten Zeit

Eine Pathologisierung der gesellschaftlich dominierenden Zeitlogik erfolgt seitens der Zeitmanagementliteratur. Das wird z. B. durch recht bildhafte Formulierungen

der Zeitratgeber erkennbar. Hier heißt es u.a. „Gehen Sie auf Entzug“ (Ferris 2011, 110) oder „Ich kann die Medizin nur verschreiben, einnehmen müssen Sie sie selbst“ (ebd., 111). Diese Aufbietung von Krankheitsbildern zur Beschreibung einer momentanen gesellschaftlichen Situation steht in einem Zusammenhang mit der gegenwärtig offensichtlich wohl ausgeschlossenen Möglichkeit von Selbstverwirklichung.¹ Darauf verweisen etwa folgende Formulierungen: „Ihr Ziel sollte vielmehr sein, unabhängig von Zeit und Ort zu werden, damit sie Ihr Leben so leben können, wie Sie es wollen.“ (Ferris 2011, 12) Oder: „Entdecken Sie Zeitmanagement ganz neu – als Ihren Wegweiser zum Wesentlichen, zu mehr Zeit, zu mehr Glück und Lebensfreude“ (Seiwert 2006, 11).² Die Ratgeberliteratur äußert ihre Kritik am derzeitigen Zustand folglich auf der Grundlage eines Ideals, das mit dem selbstbestimmten Leben umschrieben werden kann.

Zeitratgeber als Möglichkeit zur Emanzipation?

Insbesondere im veränderten Umgang mit Zeit sehen die Ratgeber eine Möglichkeit, selbstbestimmtes Leben zu verwirklichen (vgl. Seiwert 2006, 11). „Simplify your time wird Ihnen helfen, sich von allerhand belastendem Gerümpel zu befreien“ (Seiwert & Küstenmacher 2010, 223). Die in diesem Zitat erkennbare Aussage bezeugt das Selbstverständnis der Ratgeberliteratur, das diese Möglichkeiten der Ablösung / Emanzipation von dem gesellschaftlich dominierenden Zeitverständnis aufzeige. Es stellt sich nun die Frage, ob bei den Zeitratgebern tatsächlich von einem emanzipatorischen Grundgedanken ausgegangen werden kann, der die Distanzierung vom ökonomisch geprägten Zeitumgang

1 Zur genaueren Konzeptionalisierung des Pathologiebegriffs siehe Honneth 1994.

2 Unter dem „Wesentlichen“ solle das Individuelle und das Selbstbestimmte verstanden werden (vgl. Seiwert 2006, 10).

beinhaltet? Zur Beantwortung dieser Frage ist es wichtig, sich der Methodik solcher Zeitratgeber, der zur Erreichung der selbstbestimmten Zeit die größte Bedeutung zukommt, zuzuwenden.

„Plane deine Zeit und du wirst selbstbestimmt!“

Innerhalb der Literatur wird die Planung des Zeithandelns als essentielle Voraussetzung für die Abkehr vom Zeitzwang angesehen. Die „Planung“ steht immer in einer Relation zu einem Zweck, den es mittels der Planung zu erreichen gilt. Der Zweck im Kontext der Zeitratgeber ist der selbstbestimmte Zeitumgang. „Kluge Zeitplanung (...) soll Ihnen mehr Zeitsouveränität und damit mehr Lebensqualität ermöglichen“ (Seiwert 2006, 92).

Es wird ein zweckrationales Handeln von der Ratgeberliteratur postuliert, welches auf das Ziel der selbstbestimmten Zeitgestaltung ausgerichtet ist. Nach Max Weber sei ein zweckrationales Handeln auch immer mit einer Nutzenmaximierung verbunden (vgl. Bayer & Mordt 2008, 87), woraus geschlossen werden kann, dass aus dem von der Ratgeberliteratur vorgeschlagenen Handeln der größtmögliche Nutzen bzgl. des Zeitumgangs erzielt werden solle. Wie eingangs erwähnt, ist dieses Merkmal nach Foucault ausschlaggebend für ein ökonomisch geprägtes Zeitverständnis.

Die Planung des Zeitumgangs konkretisiert sich anhand der in der Zeitratgeberliteratur dargestellten Methoden, die das Prinzip der Zweckrationalität aufgreifen, indem sie sich der Produktivität verschreiben. Diese zeigt sich im Zeitgewinn und der damit verbundenen Wegrationalisierung von Handlungen, die dem Zweck nicht entsprechen (vgl. Seiwert & Küstenmacher 2010, 154). Eine Skizzierung der Methoden soll das Gesagte konkretisieren. Eine hohe Bedeutung innerhalb der Literatur kommt der Methode des Eliminierens von Handlungen zu. „Weniger zu tun ist (...) die unabdingbare Voraussetzung dafür, mehr zu erreichen. (...) So sind Sie produktiv.“ (Ferris 2011, 84). Dieser Produktivitätsgedanke lässt sich auch anhand des Pareto- bzw. des 20/80 Prinzips verdeutlichen, bei dem das Verhältnis zwischen dem Aufwand und dem Nutzen einer Handlung so ausgerichtet sein soll, dass sich der Nutzen im Vergleich zum Aufwand vervierfacht (vgl. ebd., 86f).

Bei der Methode des Delegierens werden Aufgaben anderen übertragen, so dass Zeiträume für das selbstbestimmte Zeithandeln genutzt werden können. „Delegieren lohnt sich! Am besten, Sie rechnen gleich nach, wie viel Zeit Sie gewinnen könnten, wenn Sie die eine oder andere Aufgabe abgeben – das motiviert“ (Seiwert & Küstenmacher 2010, 192).

In diesem ersichtlichen Produktivitätsdenken kann der „normalistische Leistungsdiskurs“ (Kreft 2011, 49) identifiziert werden, der auch die Grundlage für das von der Zeitmanagementliteratur pathologisierte Zeithandeln darstellt. Die Systematik der Ratgeberliteratur impliziert ein Leistungsstreben, um die selbstbestimmte Zeitgestaltung zu erreichen. Das selbstbestimmte Leben könne demnach nur durch Leistung ermöglicht werden.

Dieser Diskurs verfestigt sich, indem aus Sicht der Zeitratgeber die eigenständige Analyse der Zeit notwendig sei, um feststellen zu können, ob die gegebene Zeit produktiv genutzt wird (vgl. Ferris 2011, 332). „Ziehen Sie regelmäßig Bilanz? Nur, wenn Sie regelmäßig prüfen, ob Sie sich tatsächlich auf das Wesentliche konzentrieren, werden sie auf Dauer Erfolg haben.“ (Seiwert 2006, 129). Durch die Bilanzierung steht das Subjekt unter ständiger Selbstkontrolle, Handlungen und deren Zeitbeanspruchung hinsichtlich ihrer Produktivität zu überprüfen.

„Hamsterrad der selbstbestimmten Zeit“

Ziel dieser Bilanzierung sei es letztlich, „Schritt für Schritt“ (Seiwert & Küstenmacher 2010, 153) die verlorene Zeit zurück zu gewinnen. „Überlegen Sie, wo Sie noch Verbesserungspotenziale und Reserven haben“ (Seiwert 2006, 129). Es wird die Logik der kontinuierlichen Verbesserung erkennbar, die ihren Ursprung im Change-Management hat und mittels einer stetigen Verbesserung zur wirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen soll (Leopold & Kaltenecker 2012, 3f). Als beispielhaft für diese Logik kann auch der Zeitratgeber-Titel „Noch mehr Zeit für das Wesentliche“ (Seiwert 2006) herangezogen werden, der diese impliziert.³ Prägnant formuliert bedeutet das obige Paradigma, dass es immer noch etwas zu verbessern gebe.

³ Das Buch „Noch mehr Zeit für das Wesentliche“ baut auf dem Buch „Zeit für das Wesentliche auf“ (2000) auf. Dies unterstreicht die Logik der kontinuierlichen Verbesserung.

Unter Berücksichtigung der kontinuierlichen Verbesserung ergibt sich, dass ein Ende der „Herstellung einer vollständig nutzbaren Zeit“ (Foucault 1994, 193) bzw. der zeitlichen Optimierung niemals vollständig erreicht werden kann. Das von der Ratgeberliteratur angerufene idealtypische Subjekt unterliegt somit einer kontinuierlichen Selbstkontrolle, mit der Zeit im Sinne der Ratgeber produktiv umzugehen. Diese nie endende Optimierungsbestrebung führt letztlich – so die Vermutung – zu einem beständigen Leistungsdruck.

Es zeigt sich das Paradox der Zeitmanagementliteratur dadurch, dass der pathologisierten zeitökonomischen Logik noch einmal dieselbe Logik entgegenstellt wird. Es erfolgt lediglich der Wechsel des Hamsterrads. Das Subjekt befindet sich nun im „Hamsterrad der selbstbestimmten Zeit“.

Literatur:

Bayer, Michael & Gabrielle Mordt 2008. Einführung in das Werk Max Webers. Wiesbaden: VS Verlag.

Ferris, Timothy 2011. Die 4-Stunden-Woche. Mehr Zeit, Mehr Geld, Mehr Leben. Berlin: Ullstein.

Foucault, Michel 1994. Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Honneth, Axel 1994. Pathologien des Sozialen. Tradition und Aktualität der Sozialphilosophie. In: Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie. Frankfurt a.M.: Fischer Verlag.

Kreft, Ursula 2011. Burnout: Wann darf man heutzutage psychisch krank werden? Diskursive Rahmenbedingungen für präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz. In: DISS-Journal (22).

Leopold Klaus & Siegfried Kaltenecker 2012. Kanban in der IT. Eine Kultur der kontinuierlichen Verbesserung schaffen. München: Hanser.

Rosa, Hartmut 2012. Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Seiwert, Lothar 2006. Noch mehr Zeit für das Wesentliche. Zeitmanagement neu entdecken. München: Goldmann.

Seiwert, Lothar & Werner Tiki Küstenmacher 2010. Simplify your time. Einfach Zeit haben. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

Niels Brockmeyer studiert in Frankfurt und hat 2013 im DISS ein Praktikum absolviert.

Die ‚lokale‘ Macht des Neoliberalismus –

Versuch einer dispositivanalytischen Betrachtung

Von Anton Meier

Die Frage nach Gestaltungsräumen einer Demokratisierung geht immer mit der Frage einher, welche Widerstände einem solchen Projekt begegnen. Es geht also nicht nur um den Raum von Möglichkeiten, sondern zugleich um Grenzen, die überschritten oder zumindest verschoben werden müssen.

Diese Grenzen betreffen vielfältige Bereiche des Lebens. Sie tauchen in unterschiedlichen – sprachlich diskursiven und nicht-sprachlich diskursiven – Praktiken auf. Immer sind sie dabei Teil eines Gesamtdiskurses, der wiederum in einen Zusammenhang von heterogenen Elementen eingebettet ist, die in bestimmten Verhältnissen zueinander stehen und in denen sich Wissen in unterschiedlichen Formen zur Geltung bringt. Die Verbindung zwischen diesen Elementen lassen sich als Dispositiv fassen. Mit Blick auf Macht- und Herrschaftsbedingungen, die sich in den aktuellen kapitalistischen Verhältnissen entfalten, lässt sich so von einem *neoliberalen Dispositiv* sprechen.¹

Dieses neoliberale Dispositiv gilt es zu analysieren, um Blockaden einer Demokratisierung aufzuweisen. Doch wie ist in Anbetracht der komplexen strategischen Situation, die das genannte Dispositiv entwickelt, eine Analyse möglich? Um diese Frage zu beantworten, wird im Folgenden ein einzelnes Beispiel herangezogen. Es kann zeigen, dass mit Bezug auf die theoretischen Ausführungen von Michel Foucault die Komplexität des Gegenstandes reduzierbar und für eine Analyse handhabbar gemacht werden kann.

Ausgangspunkt ist eine im Mai 2013 herausgegebene 3000fach aufgelegte Ratgeber-Broschüre des Jobcenters Pin-

neberg². Der Inhalt dieser Broschüre kann grob als Handlungsanweisung für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II beschrieben werden. Es finden sich darin Tipps für ein sparsames Verhalten im Alltag. So ist etwa die Rede davon, bestimmte Lebensmittel eher zu konsumieren als andere; oder vorhandene Ressourcen, die bisher nicht entdeckt wurden, zu nutzen. Beispielsweise wird der Zielgruppe nahegelegt, ihre alten und nicht mehr verwendeten Möbel im Internet zu verkaufen. Desweiteren enthält die Broschüre Ratschläge, mit deren Hilfe der Wiedereinstieg in den Beruf gelingen soll. In diesem Kontext finden sich etwa Hinweise zum erwünschten Verhalten und Aussehen beim Bewerbungsgespräch: „gepflegte Haare und eine frische Rasur“.

Der anvisierte Adressatenkreis der Broschüre sind EmpfängerInnen von Sozialleistungen. Ihre tatsächliche Wirkung entfaltet das Dokument aber auch in anderen Bereichen, z.B. in den Medien. So wird sie etwa die Schrift in der Süddeutschen Zeitung³ oder auch in der BILD⁴ beachtet. Die Kommentierung der Ratschläge lässt sich zum Teil als skeptisch und skandalisierend, zum Teil als ironisch beschreiben. Die Kritik, die sich darin äußert, bezieht sich aber nicht auf die Ermächtigung des Jobcenters, das Verhalten bestimmter Menschen zu regulieren, sondern allein auf die Intensität der Anweisungen. Die Abgrenzung der Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen von der „normalen“ Bevölkerung wird unkritisch übernommen. Mehr noch wird diese Grenzziehung verstärkt, indem beispielsweise von der „Hartz-IV-Welt“⁵, in der sich die betreffenden Personen befinden, die Rede ist.

Es liegt also ein Dokument vor, das von staatlicher Seite verfasst ist⁶ und mit dem das Handeln eines bestimmten Personenkreises beeinflusst werden soll. Die Personen sollen sich verändern, um ihr ökonomisches Potential effizienter nutzen zu können. Es ist naheliegend, dass die Erfüllung der Ratschläge nicht nur auf das Wissen und Handeln der angesprochenen Personen abzielt, sondern auch auf eine Kosteneinsparung des Jobcenters. Die Resonanz auf diese Broschüre in nicht unbedeutenden Medien markiert dabei einen wichtigen Punkt der Analyse, auf den noch zurückzukommen ist. Sie tritt dabei medial auf, erzielt aber in der Öffentlichkeit eine breite Wirkung.

Stellt man die Broschüre in den Kontext des neoliberalen Dispositivs, so kann ihre Analyse einen wichtigen Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang stellt das Dokument ein Diskursfragment im Rahmen einer Dispositivanalyse dar.

Es ist davon auszugehen, dass die Macht des neoliberalen Dispositivs sich an verschiedenen Orten der aktuellen gesellschaftlichen Situation auffinden lässt. Im Anschluss an Foucaults theoretischen Ansatz beinhaltet das Dispositiv eine Strategie mit bestimmten Zielen und Absichten⁷. Die Machtausübung an den jeweiligen Orten kommt aber ohne einen Urheber oder Erfinder aus⁸. Insofern steckt hinter der Strategie ein *anonymes* Kalkül.

Die strategische Situation lässt sich als ein Netz begreifen, das verschiedene Elemente, die Punkte der Machtausübung darstellen, miteinander verbindet. In jedem dieser Punkte gibt es eine Machtbeziehung. Im Falle von Herrschaft sind die Machtbeziehungen blockiert, sodass die Verhältnisse durch die Individuen nur

1 Unter Neoliberalismus wird hier eine „neue“ und umfassende Entwicklung des Kapitalismus verstanden, die sich nicht nur in ökonomischen, sondern auch philosophischen, juristischen, politikwissenschaftlichen, soziologischen und historischen Bereichen findet (vgl. Ptak 2008, 26). Ein alternativer Begriff zum Neoliberalismus ist der des Finanzmarktkapitalismus (vgl. Dörre 2009).

2 Vgl. Jobcenter Kreis Pinneberg 2013, www.jobcenter-kreis-pinneberg.de. [5.11.2013]

3 Vgl. Artikel von Thomas Öchsner, SZ online 18.07.2013.

4 Vgl. Artikel von Dirk Hoeren, BZ online 18.07.2013.

5 Artikel von Thomas Öchsner, SZ online 18.07.2013.

6 Hierbei ist anzumerken, dass die betreffenden Einrichtungen sowohl vom Bund als auch kommunal verwaltet werden.

7 Vgl. Foucault 1978, 120ff.

8 Die Machtausübung kann aber vom Staat, von Institutionen oder Personen instrumentalisiert werden.

bedingt veränderbar sind. Die Gestaltung der Elemente wird zusätzlich dadurch erschwert, dass Herrschaft nicht (nur) durch Zwang oder Gewalt funktioniert, sondern im Prozess der Subjektbildung auch ins Bewusstsein der Individuen einfließt.

Festzuhalten ist, dass ein Dispositiv in der Regel eine anonyme Kraft entfaltet. Vor diesem Hintergrund sind Praktiken der Wissensproduktion und Handlungsregulierung durch staatliche Institutionen (wie ein Jobcenter) zwar an einen bestimmten Urheber gebunden. Dabei wird aber lediglich eine Kraft instrumentalisiert, die zuvor bereits existierte. Die Anonymität der Kraft stellt auf den ersten Blick ein Problem für die Analyse dar. Das Problem lässt sich aber lösen. Wenn nämlich die Kraft in Form einer hegemonialen Macht wirkt, wie im Falle des neoliberalen Dispositivs, ist die Wirkung, die sie an einer Stelle entwickelt, repräsentativ für das ganze Netz. Anders ausgedrückt, genügt bei der Analyse das Eintauchen an einer Stelle, um die Gegebenheiten an anderen Punkten zu ermitteln.

Von Bedeutung ist auch ein weiterer Aspekt, auf den Foucault hinweist. Das Dispositiv führt zu zwei Prozessen, die aufeinander bezogen sind: Die Einwirkung der Macht einerseits und die Reaktion auf die Machteinwirkung andererseits. Foucault spricht in diesem Zusammenhang von „funktionaler Überdeterminierung“ und „Readjustierung“.⁹ Die Kraft des Dispositivs bewirkt eine bestimmte sozio-historische Konstellation der Gesellschaft. Gleichzeitig ist die entstehende Konstellation instabil, weil die Veränderung „Lücken“, bzw. neuen Handlungsbedarf hervorbringt. Dieser Handlungsbedarf lässt erneut ein Dispositiv entstehen, das seine Kraft entfaltet und in sämtliche Machtbeziehungen einfließt. Insofern ist eine Dispositivanalyse nicht nur auf die Wirkung der Macht fokussiert, sondern auch auf den Notstand, auf den das Dispositiv antwortet. Foucault zeigt, dass Notstände im Verlauf der Geschichte immer wieder auftauchen: Eine solche Notstandssituation „hat zum Beispiel die Resorption einer freigesetzten Volksmasse sein können, die einer Gesellschaft mit einer Ökonomie merkantilistischen Typs lästig erscheinen musste: es hat da einen strategischen Imperativ gegeben, der die Matrix für ein Dispositiv ergab, [...]“¹⁰.

9 Vgl. Foucault 1978, 121.

10 Foucault 1978, 120.

Auch die angesprochene Broschüre kann als Antwort auf einen Notstand verstanden werden. Es liegt nahe, dass mit ihr freigewordene Lücken der Verwertbarkeit geschlossen werden sollen. Zu fragen ist, worin diese Lücken aktuell bestehen. Hier kommt beispielsweise das „unternehmerische Selbst“ ins Spiel. Es lässt einen Handlungsdruck beim Subjekt entstehen, sich ökonomisch besser zu verwerten¹¹. Der Mensch als „Selbstunternehmer“ ist dabei nicht frei von fremden Handlungsdirektiven. Wie etwa die Analyse von Ratgeberliteratur zeigt, ist ein wichtiges Ziel der Selbststeuerung, in bestimmten Aspekten Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Personen zu erlangen.¹² Gesundheit, Aussehen, Persönlichkeit oder auch soziale Kontakte – all dies steht auf dem Prüfstand der Verwertbarkeit. Eine Marktorientierung ist in diesem Kontext nicht zu übersehen. Die vermeintlich freie Entscheidungsfindung ist auf die Erfordernisse des Marktes ausgerichtet. Vor diesem Hintergrund ist die umfassende und eindringliche Wirkung des Dispositivs zu betonen.

Im Sinne des genannten Notstands entsteht Handlungsdruck in verschiedenen Situationen, bzw. in den einzelnen Elementen des Dispositivs. Die Entladung des Druckes bzw. das Wiederauffüllen der Lücken erfolgt mitunter durch staatliche Institutionen, die einen Teil der Elemente im beschriebenen Netz darstellen. Im Falle des Jobcenters wird der Handlungsdruck beispielsweise mit Hilfe der genannten Broschüre umgesetzt. Dabei erfolgt im Wirkungsfeld ein gewisses „zu viel“ des Krafteinsatzes, bzw. die Überdeterminierung des Wirkungsfeldes. Der mediale Nachklang auf die Broschüre zeigt diesen „Bruch“ deutlich an. Für die Dispositivanalyse ist die genannte Resonanz von Bedeutung. Denn die hegemoniale Macht lässt sich an der Stelle, auf die sich die Resonanz bezieht, bzw. wo der Bruch auftaucht, untersuchen. Und hier ist die Analyse der Medien von großer Bedeutung, weil sich in den Medien der Diskurs auffinden lässt, der das Wissen der Einzelnen und der Bevölkerung strukturiert.

Die Strukturierung erfolgt in Wechsel-

11 Die Wiederauffüllung der Lücken, wie im Falle des unternehmerischen Selbst, kann auch als neue Landnahme im Sinne der ursprünglichen Akkumulation nach Marx verstanden werden (vgl. Dörre 2009, 67).

12 Vgl. Spilker 2010, 75ff.



Niels Spilker

Die Regierung der Prekarität

Zur neoliberalen Konzeption unsicherer Arbeitsverhältnisse

Edition DISS Bd. 27, Münster: Unrast

160 S., 18 €

Wie genau entwerfen Erfolgsratgeber das unternehmerische Selbst? Wie wird Menschenführung in prekären Arbeitsverhältnissen konzipiert? Und in welchen gesellschaftlichen Verhältnissen können diese neuen Technologien der Regierung überhaupt wirkmächtig werden?

Niels Spilker untersucht Subjektivierungsformen im Postfordismus. Die Begriffe Regierung und Gouvernementalität dienen dabei als Scharnier, welches die hegemonietheoretischen Arbeiten des Regulationsansatzes und die Machtanalyse Foucaults verbindet. Kritisch anknüpfend an die Arbeiten der governmentality studies untersucht er den Diskurs der Führung und des Selbstmanagements im Kontext seiner Aneignungs- und Anwendungsbedingungen. Prekarisierung als „zum allgemeinen Dauerzustand gewordene Unsicherheit“ (Bourdieu) legt die vorgestellten Technologien der Fremd- und Selbstführung nahe und plausibilisiert das Diktat der Optimierung, der Flexibilität und des individuellen Erfolgs. Gleichzeitig entwickelt sie Subjekte reihenweise in Probleme. Es entsteht also eine neue Architektur der Macht. Und es entstehen neue Risse, potentielle Brüche und somit auch Anknüpfungspunkte für Widerspruch und Widerstand.



Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.)
Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte
 Edition DISS Bd. 29, Münster: Unrast
 240 S., 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie umgekehrt den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Darüber hinaus spielt das, was in Medien gesagt werden kann, eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und ihre Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftlerinnen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein. Die Beiträge widmen sich nicht nur klassischen Nachrichtenmedien, sondern auch Jugendzeitschriften, Ratgeberliteratur, ikonografischen Darstellungen und Computerspielen.

Mit Beiträgen von Hannelore Bubltz, Sebastian Friedrich, Stefanie Girstmair, Katharina Hametner, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Gabriel Kuhn, Thomas Kunz, Jürgen Link, Jobst Paul, Tom Schimmek, Hannah Schultes, Jörg Senf, Niels Spilker, Regina Wamper, Daniel Weigl, Markus Wröbouschek und Andreas Zumach.

wirkung mit der Regulierung des Verhaltens. Eine Analyse der Wissensproduktion lässt also auch Aussagen über die damit verbundene Verhaltensregulierung zu. Insofern ist die Diskursanalyse ein wichtiger Bestandteil der Dispositivanalyse. In diesem Kontext liefern Schriftstücke, wie die genannte Broschüre, wichtige Anknüpfungspunkte zur Untersuchung des hegemonialen Diskurses. So kann etwa die systematische Ausgrenzung von Menschen, die mit Hilfe bestimmter sprachlicher Mittel erfolgt, aufgedeckt werden. Zu betonen ist, dass das einzelne Dispositiv-element aufgrund seiner Repräsentativität bedeutsam ist.

Neben der Diskursanalyse bieten sich aber noch weitere Aspekte für die Untersuchung der Wirkungen des neoliberalen Dispositivs. Im Falle des Jobcenters ist es z.B. möglich, auch Verhalten und Gegenstände, die diskursiv erzeugt werden, zu untersuchen. Von Interesse wäre in diesem Zusammenhang beispielsweise die Art der Bearbeitung der "Fälle" im Jobcenter¹³. Dabei ist neben methodischer Vielseitigkeit auch der Bezug zu anderen Wissenschaften hilfreich¹⁴. Angesichts der komplexen Genese des neoliberalen Dispositivs dürfte es kaum möglich sein, eine Analyse vorzunehmen, ohne etwa auf Wissen der Geschichtswissenschaft oder der Ökonomie zurückzugreifen. So ergibt sich insgesamt ein analytischer Blick für das hegemoniale Wirkungsnetz und dessen Effekt im einzelnen Dispositiv-element. Bereits die Untersuchung der Wirkungen im Element ist als kritisch zu verstehen, da die Konstruktion von Wahrheiten aufgedeckt wird¹⁵.

Hinter der Analyse verbirgt sich aber ein weiteres kritisches Moment: Wie bereits dargestellt, verursachen die Machteffekte dort, wo sie auftreten, eine Intensität, die mit Ungereimtheiten und Widersprüchen einhergehen. Es dürfte unstrittig sein, dass angesichts der geringen Ressourcen, der Isoliertheit und der Orientierungslosigkeit, in der sich viele Menschen befinden, die zur ökonomischen Verwertbarkeit angespornt werden, eine gewisse Ohnmacht herrscht. Diese Ohnmacht zu überwinden, setzt voraus, dass Zusammenhänge erkannt werden und dass das Wirkungsgeflecht von Institutionen, politischen Entscheidungen, Dis-

kursen, Gesetzen, Aussagen und anderen Elementen in seiner Komplexität reduziert wird. Vor diesem Hintergrund kann die wissenschaftliche Arbeit eine wichtige Funktion erfüllen. Die verantwortungsvolle Aufgabe einer (Kritischen) Wissenschaft liegt darin, als Vermittlerin zu dienen¹⁶ und einen Prozess zu unterstützen, in dem Ohnmacht durch ein Bewusstsein über die herrschenden Verhältnisse überwunden wird und sich schließlich in wirksame Macht und Widerstand verwandeln kann. So werden letztendlich die Gestaltungsräume für eine Demokratisierung der Gesellschaft wahrnehmbar und damit auch erweiterbar.

Literatur

- BILD v. 18.7.2013: <http://www.bild.de/politik/inland/hartz-4/sollen-besser-spahren-31386480.bild.html> (31.10.2013).
 Dörre, Klaus 2009: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 21-86.
 Foucault, Michel 1978: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.
 Jäger, Siegfried 2012: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 6., vollständig überarbeitete Auflage, Münster: Unrast.
 Jobcenter Kreis Pinneberg 2013: www.jobcenter-kreis-pinneberg.de/index.php/service/aktuelles/item/download/109_960b0517167661cd41286d8b4c2653df (31.10.2013)
 Ptak, Ralf 2008: Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS Verlag, 13-86.
 Spilker, Niels 2010: Die Regierung der Prekarität. Zur neoliberalen Konzeption unsicherer Arbeitsverhältnisse. Münster: Unrast.
 SZ-online vom 18.7.2013: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/spartipps-fuer-hartz-iv-empfaenger-gehen-sie-nie-hungrig-einkaufen-1.1724883> (31.10.2013)

Anton Meier studiert Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld und absolviert zurzeit ein Praktikum im DISS

¹³ So zum Beispiel die Gespräche und Handlungen der "KundInnen" mit den SachbearbeiterInnen vor Ort.

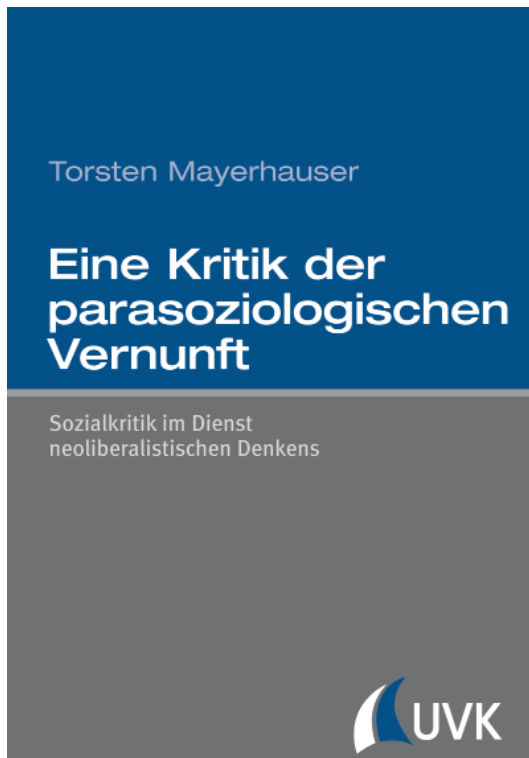
¹⁴ Vgl. Jäger 2012, 75.

¹⁵ Vgl. Jäger 2012, 151.

¹⁶ Vgl. dazu auch den Artikel von Siegfried Jäger in diesem Journal.

Im Dienst der neoliberalistischen Gouvernementalität

Eine Rezension von Siegfried Jäger



Torsten Mayerhauser
Eine Kritik der parasoziologischen Vernunft
Sozialkritik im Dienst neoliberalistischen Denkens
München 2013: UVK,
360 S., 42 €

Dieses Buch, eine Dissertation an der Universität Basel, will viel und erreicht auch viel. Es ist – auf den ersten Blick – eine Wissenschaftskritik, die sich die gesamte Soziologie zum Gegenstand macht und zudem die aktuelle neoliberale Sozialpolitik und ihre politische Rhetorik. Aktuelle Soziologie ist demnach in Wirklichkeit nur para, das heißt: sie liegt völlig daneben, verfehlt ihren Gegenstand: die moderne Gesellschaft.

Sie stützt sich dabei auf einige Erzväter, die nichts anderes sind als Gesundheitsbeter des Denksystems des Neoliberalismus und sich vor jeglicher Kritik des Kapitalismus drücken.¹ Sie sind daher auch Neoliberalisten, die – grob gesagt – nichts anderes im Sinn haben, als den Kapitalismus zu verteidigen und die Theorien von Gesellschaft

so zu zurechtzuschneiden, dass sie das Soziale eskamotieren, auch wenn sie sich heuchlerisch als Initiativen für eine neue Soziale Marktwirtschaft bezeichnen mögen. Zugleich zeichnen sie eine Welt von Tatsachen als Abbild von Wirklichkeit, das sie als schlicht Gegebenes zur Grundlage ihrer Erkenntnisse stilisieren. Sie betreiben also Parasoziologie und meinen, dass die Welt schlicht das sei, was der Fall ist.

Natürlich stützt sich Mayerhauser auf Michel Foucaults Schriften, insbesondere auf seine Gouvernamentalitäts-Studien und ihre Weiterführungen bei Lemke, Bröckling, Krasmann sowie auf seine Normalismustheorie, die von Jürgen Link aufgenommen und ausgearbeitet worden ist. Auch Niklas Luhmann, den der Autor zwar nicht mag, den er aber einigermaßen respektiert, taucht auf seiner Referenz-Bühne auf, spielt aber hier nur eine klitzekleine Rolle. Für das Signal der soziologischen Belesenheit des Autors ist er natürlich nicht unwichtig, wie überhaupt zu sagen ist, dass Mayerhauser sich in dem Feld, von dem er spricht, ausgezeichnet

auskennt. Mit jugendlichem Furor und wissenschaftlichem Mut, zu dem ich ihm beeindruckt nur gratulieren kann, tritt er den Vätern konservativ-neoliberalistischer Sozio- und Politologie bei jeder passenden Gelegenheit auf die Füße, wie etwa einem Peter Sloterdijk, einem Ulrich Beck oder den Herren Gehlen, Schelsky, Bude und Konsorten.

Mayerhauser plädiert für eine Kritische Soziologie, die sich darin übt, „sich den Zumutungen und Vereinnahmungsversuchen etablierter Kräfte radikal zu entziehen und zu verweigern; sie gibt sich von sich aus einseitig, parteiisch; sie agiert partisanenhaft, weil sie sich einerseits auf ihrem eigenen Terrain bestens auskennt, und sie andererseits urplötzlich in Erscheinung tritt, um sich im nächsten Moment schon wieder unverhofft zurückzuziehen; sie sitzt somit absichtsvoll nicht in Talkshows, weil sie weiß, dass das Talkshow-Dispositiv Gegenstand ihrer Gesellschaftskritik sein muss; sie begibt sich nicht in die ratsuchenden Hände von Regierungsorganen, weil sie weiß, dass deren Praktiken und Techniken der Menschenführung ihre Analysegegenstände sind; sie versucht zugleich ihre dadurch errungene unabhängige Aufklärungsarbeit in andere Kanäle als die herkömmlichen Medienkanäle einzuspeisen; sie zeigt Sympathien für widerspenstige Handlungen und Bewegungen, die das herrschende Welt-, Gesellschafts- und Menschenbild nicht mehr anerkennen wollen; die also anders denken wollen; die laut ausschreien: there are alternatives! Partisanen-Soziologie statt Türsteher-Soziologie!“ (335f.)

Bleibt die Frage, um was für einen wissenschaftlichen Text es sich bei dieser Dissertation eigentlich handelt: Eine Diskursanalyse soziologischer Texte oder eine Wissenschaftskritik allgemein? Oder gar eine Kritik wissenschaftlicher und politischer Rhetorik? Wissenschaftliche Texte der Soziologie werden als para-soziologisch kritisiert, politische Rhetorik, die sich auf solche Texte bezieht, als liberalistisch – Foucault würde sagen, als schlechte Paraphrasen: sie verkaufen als Wahrheiten, was liberalistische Interessen sind.

¹ Mayerhauser orientiert sich mit dem Begriff des Liberalistischen an Adorno, *Minima Moralia*, um das missverständliche „liberal“ zu dekonstruieren.



Regina Wamper / Helmut Kellershohn /
Martin Dietzsch (Hg.)

**Rechte Diskurspiraterien. Strategien der
Aneignung linker Codes, Symbole und
Aktionsformen**

Edition DISS Bd. 28, Münster: Unrast
288 S., 19.80 €

In den vergangenen Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Mit Beiträgen von Renate Bitzan, Martin Dietzsch, Richard Gebhardt, Siegfried Jäger, Christina Kaindl, Sabine Kebir, Helmut Kellershohn, Britta Michelkens, Christoph Schulz, Lenard Suermann, Fabian Virchow, Volker Weiß, Volkmarr Woelk und Jens Zimmermann.

Wer schreibt die Geschichte des Rechtsextremismus?

Von Robin Heun

Wenn man sich mit der Forschungsliteratur zur Geschichte und Analyse des deutschen Rechtsextremismus beschäftigt, wird deutlich, dass sich WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen mit diesem Themenkomplex beschäftigen. PolitologInnen analysieren in der Regel den parteiförmig organisierten Rechtsextremismus, SoziologInnen beschäftigen sich häufig mit Theorien zur Entstehung von Rechtsextremismus, PädagogInnen beschäftigen sich zumeist mit Präventions- und Interventionsmöglichkeiten und JuristInnen beschäftigen sich z.B. mit Partei- und Vereinsverboten, Fragen der Versammlungsfreiheit sowie mit strafrechtlich relevanten Handlungen von RechtsextremistInnen. Fragt man explizit nach der Geschichte des deutschen Nachkriegsrechtsextremismus, so wird man feststellen, dass sich HistorikerInnen bisher nur in wenigen Ausnahmefällen mit dieser Frage beschäftigt haben.

Durchsucht man zum Beispiel die Inhaltsverzeichnisse der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (Jahrgänge 1 [1953] – 60 [2012]) mit Suchbegriffen wie Rechtsextrem/ismus, Rechtsradikal/ismus oder Neofaschismus, so findet man lediglich vier Aufsatztitel. Die zeithistorische Forschung beschäftigt sich zwar mit allen erdenklichen Facetten des Nationalsozialismus, aber nur mit einigen wenigen des Rechtsextremismus, wie z.B. mit Antisemitismus oder Geschichtsrevisionismus (Holocaustleugnung, Kriegsschuldfrage).

Wolfgang Benz gehört mit seinen zahlreichen Beiträgen zum Thema Rechtsextremismus sicherlich zu denjenigen HistorikerInnen, die sich ausgiebig mit diesem Themenkomplex beschäftigt haben. Auch Karl Dietrich Bracher widmete der Geschichte des Nachkriegsrechtsextremismus (bis 1969) in seiner vielfach rezipierten Studie „Die deutsche Diktatur“ ein eigenes Kapitel.¹ Der Großteil der Studien zur Geschichte und Analyse des Rechtsextremismus wurde al-

erdings von SozialwissenschaftlerInnen vorgelegt. So auch eine ganze Reihe von Studien, die im DISS – zum Teil auf Grundlage interdisziplinären Analysemethoden – entstanden sind. Exemplarisch kann hier die Studie „Rechtsdruck“² von 1988 erwähnt werden, welche die rechte Presselandschaft diskursanalytisch untersuchte sowie Michael Lausbergs Dissertation zur Geschichte der extremen Rechten in NRW (1946-1971), die 2012 veröffentlicht wurde.³

Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass der Politologe Gideon Botsch (Universität Potsdam) mit seiner 2012 erschienen Monographie „Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland - 1949 bis heute“ einen guten Überblick zur Geschichte des Rechtsextremismus liefert. Ein Klassiker zur Geschichte des Nachkriegsrechtsextremismus bleibt die 1967 veröffentlichte 1600 Seiten starke in den USA erschienene Studie des deutschen Emigranten Kurt P. Tauber „Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945“. Weitere wichtige Studien zur Geschichte des Rechtsextremismus sind die zweibändige Untersuchung „Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“ von Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke und die Studie „Faschismus und Neofaschismus“ von Reinhard Opitz – beide Publikationen erschienen 1984.

Richtet man seinen Blick ferner auf das Lehrangebot an den Universitäten, so kann auch hier festgestellt werden, dass Lehrveranstaltungen zum Themenkomplex Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren ausschließlich von sozialwissenschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Fakultäten angeboten wurden. Von daher ist es nicht besonders verwunderlich, warum derzeit keine einschlägigen Studien von HistorikerInnen zur Geschichte des deutschen Rechtsextremismus verfasst werden. Der Historiker Axel Schildt stellte in einem 2011 veröffentlichten Aufsatz die These auf, dass die Frage

² Jäger, Siegfried: Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten. Berlin 1988.

³ Lausberg, Michael: Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946 – 1971, Marburg 2012.

¹ Karl Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, 7. Auflage 2003 (1. Auflage 1969), S. 509-520.

der aktuellen Relevanz und des möglichen Potentials des historischen Phänomens Faschismus in unserer Gesellschaft in den Diskussionen über den Faschismus unter deutschen HistorikerInnen aus zwei Gründen kaum vorkam. Erstens läge dies „auch an der dafür fehlenden fachlichen Kompetenz“ und zweitens hätte die „in Deutschland vorherrschende strikte zeitliche Eingrenzung des Faschismusbegriffs auf die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieg“ dazu geführt, „dass die Geschichtswissenschaft bisher sehr wenig zur Analyse rechtsextremer Bewegung nach 1945 beigetragen und diese Aufgabe weitgehend an die Politikwissenschaft delegiert hat.“⁴ An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass der Faschismusbegriff vor dem Hintergrund des Kalten Krieges (Totalitarismus-Doktrin) in der Mainstream-Forschung lange Zeit verpönt war und trotz seiner Rehabilitierung bis heute nur von einer Minderheit gebraucht wird.⁵ Die Ächtung des Faschismusbegriffs könnte ein

5 Vgl. Ebd., S. 269-275.

Trotz der von Axel Schildt angesprochenen vermeintlich fehlenden fachlichen Kompetenz der HistorikerInnen bei der Frage nach der „aktuellen Relevanz, dem möglichen Potential des historischen Phänomens Faschismus in unserer Gesellschaft“ kann man zuversichtlich davon ausgehen, dass ZeithistorikerInnen in der Lage sind, die oben genannten Quellenarten auszuwerten, um gegebenenfalls die Kontinuität völkischen Denkens und Handelns herauspräpa-

Wenn man nun abschließend beachtet, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit ehemalige NS-Funktionäre, wie Helmut Sündermann, Arthur Ehrhardt, Heinrich Härtle, Peter Kleist oder Herbert Böhme mit der Gründung von Verlagen, Vereinen und Zeitschriften einen wesentlichen Beitrag für die Etablierung rechtsextremer Infrastrukturen in der Bundesrepublik geleistet haben, auf welche die extreme Rechte zum Teil noch heute zurückgreift, dann wird klar, dass sich die zeithistorische Forschung vermehrt mit der Entwicklung des deutschen Nachkriegsrechtsextremismus beschäftigen sollte. An dieser Stelle sollte außerdem betont werden, dass es auch heute noch Parteien wie die NPD oder „Die Rechte“ gibt, die in der ideengeschichtlichen Tradition der NSDAP stehen.⁶ Und abseits des parteiförmig organisierten Rechtsextremismus bedienen sich RechtsextremistInnen bei nationalsozialistischen Diskursen, Symboliken und Praktiken.

DISS-Journal 26 (2013) 29



Mogelpackung „Deutsche Sprachwelt. Die Plattform für alle, die Sprache lieben“

Von Siegfried Jäger

Diese Zeitung für Sprachpflege hat 80.000 Leser und offenbar keine Leserinnen. Sie kämpft gegen Anglizismen (denglisch) und Politische Korrektheit (political correctness). Sie möchte, dass „Zigeuner“ wieder Zigeuner heißen und „Neger“ wieder Neger. Sie beklagt den Niedergang der deutschen Sprache in den Wissenschaften.

Und spätestens dann wird man stutzig und recherchiert ein bisschen. Sie hat einen Schriftleiter. Der heißt Thomas Paulwitz. Und der schreibt ständig auch Sprachkolumnen in der neurechten Wochenschrift „Junge Freiheit“ und der Zeitschrift „Sessession“, die vom Institut für Staatspolitik herausgegeben wird. Dort ein wenig völkischer. Und das erinnert an solche deutschen Sprachpfleger wie Leo Weisgerber, der jahrzehntelang nach 1945 auch die bundesdeutsche Sprachwissenschaft beherrschte. Und der war als Sonderführer

der Propagandaabteilung Mitarbeiter des Nazi-Propagandaministers Goebbels im Funkhaus Rennes in Frankreich, in dessen Auftrag er den Franzosen der Bretagne die bretonische Sprache zu erhalten bemüht war. Und warum? Damit diese nicht französisch sein sollten. Dafür bediente er sich eines Rundfunksenders, damit er auch von vielen gehört werden konnte. Dahinter steckt eine Sprachtheorie, die davon ausgeht, dass die Sprache die Zugehörigkeit zu einer Nation bestimmt. Kerntheorien: Eine elaborierte deutsche Sprache macht erst einen richtigen Deutschen; ein fremder Dialekt schwächt das Deutschtum.¹ Das (zu frühe) Erlernen einer sog. Fremdsprache verhindere eine deutsche Identität.²

1 Das wirkte sich noch in den siebziger Jahren auf die Sprachbarrierendiskussion aus, wie sie von Weisgerbers Sohn Bernhard zu beeinflussen versucht wurde.

2 In den Schriften Leo Weisgerbers der Jahre

„Die deutsche Sprachwelt“ verleiht Preise für gutes Deutsch und Bemühungen, die deutsche Sprache rein zu halten. So erkor sie Bundespräsident Gauck zum „Sprachwahrer des Jahres“ 2010, direkt nach Peter Ramsauer und davor Karl-Theodor zu Guttenberg.

Manchmal plagiiert die „Sprachwelt“ ein bisschen: „Deutschland schafft seine Sprache ab“. Thilo Sarrazin lässt grüßen. Der fürchtete bereits, dass sich ganz Deutschland selbst abschaffe. Da ist die „Deutsche Sprachwelt“, so scheint es, auf etwas weniger fixiert: „Das wichtigste nationale Kulturprojekt: die Sprache“. Dieser Schein trägt: Die Sprachwelt und Paulwitz sind auf etwas anderes aus: die rechte Nation.

1933-1945 finden sich verstärkt auch Anlehnungen an völkische und rassistische Vorstellungen.

Schlechte Parrhesia

Der rechte Philosoph und die Wahrheit

Ein kurze Betrachtung von Siegfried Jäger

Wagt es dagegen einer von den ‚Bürgern‘, also einer von denen, die ‚drin‘ sind, sich gegen die ‚Versammlung‘ zu stellen, indem er sie mit anderen Wahrheiten konfrontiert, endet er wie Eva Hermann oder Thilo Sarrazin.“ (Sezession 35, S. 16)

So der rechte ‚Philosoph‘, der vorgibt, Foucault gelesen und verstanden zu haben. Foucault aber war da etwas vorsichtiger und meinte, dass „ein philosophischer Diskurs [...] niemals die Frage nach der Wahrheit stellt, ohne zugleich nach den Bedingungen dieses Wahrsprechens zu fragen und zwar entweder (im Hinblick auf) die ethische Differenzierung, die dem Individuum den Zugang zu dieser Wahrheit eröffnet, (oder im Hinblick auf) die politischen Strukturen, innerhalb deren dieses Wahrsprechen das Recht, die Freiheit und die Pflicht haben wird, sich geltend zu machen. Was einen philosophischen Diskurs zu einem philosophischen, und nicht bloß zu einem politischen, macht, ist die Tatsache, dass in diesem Diskurs, wenn die Frage nach der po-

liteia (nach der politischen Institution, nach der Verteilung und Organisation der Machtverhältnisse) gestellt wird, zugleich auch die Frage nach der Wahrheit und nach der wahren Rede gestellt wird, auf deren Grundlage diese Machtverhältnisse und ihre Organisation bestimmt werden können. Es stellt sich darin auch die Frage nach dem *ethos*, d.h. nach der ethischen Differenzierung, der die politischen Strukturen einen Platz einräumen können und sollen. Und wenn der philosophische Diskurs nicht einfach nur ein moralischer Diskurs ist, dann deshalb, weil er sich nicht darauf beschränkt, ein *ethos* bilden zu wollen, die Pädagogik für eine Moral oder der Vermittler eines Verhaltenskodex zu sein. Er stellt niemals die Frage nach einem *ethos*, ohne zugleich nach der Wahrheit und der Zugangsweise zur Wahrheit zu fragen, durch die dieses *ethos* gebildet werden könnte, und (nach) den politischen Strukturen, innerhalb deren dieses *ethos* seine Einzigartigkeit und Verschiedenheit behaupten könnte. Die Existenz des philosophischen Diskurses besteht seit den Griechen bis heu-

te gerade in der Möglichkeit oder vielmehr in der Notwendigkeit folgender Regelung: niemals die Frage nach der *aletheia* zu stellen, ohne im Hinblick auf diese Wahrheit zugleich die Frage nach der *politeia* und dem *ethos* aufzuwerfen. Dasselbe gilt für die *politeia* und für das *ethos*.“ (Michel Foucault: Der Mut zur Wahrheit. Die Regierung des Selbst und der anderen II, Vorlesung am Collège de France 1983/84, Frankfurt 2010, S. 96f.)

Zugegeben: Es ist nicht leicht, der schlechten Parrhesia zu entkommen. Foucault hat dazu noch ein bisschen mehr Platz gebraucht, als dieses Zitat ihn einnimmt. Aber er weiß auch, dass es immer nur jeweils gültige Wahrheiten gibt und es deshalb auch nicht einfach ist, ein Philosoph zu sein.¹

¹ Vgl. dazu auch Siegfried Jäger, Rolf van Raden, Regina Wamper: Beyond Freedom of Speech – Eine Utopie der sozialdiskursiven Wahrhaftigkeit, in: Marius Babias, Florian Waldvogel (Hg.): Freedom of Speech, Köln 2011, 11-43.

Unabhängige & kritische Wissenschaft unterstützen

Werden Sie Mitglied im DISS-Förderkreis!

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts zu decken. Er ersetzt nicht öffentliche Forschungsförderung. Trotzdem ist die finanzielle Basis ist dringend notwendig, denn ein breit aufgestellter Förderkreis macht uns unabhängiger von anderen GeldgeberInnen. Alle FördererInnen (ab 10 € mtl.) erhalten das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag, um das Institut und seine Arbeit zu erhalten. Seien Sie dabei!

☐ Ja, ich unterstütze das DISS ab _____ mit einer monatlichen Spende von 10 / 20 / 30 / 50 oder _____ €. (Nichtzutreffendes bitte streichen)

☐ Ja, ich unterstütze die Arbeit des DISS mit einer einmaligen Spende von _____ €.

☐ Ich überweise den Betrag per Dauerauftrag an: DISS, Konto 209 011 667, Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

☐ Ich ermächtige das DISS, den genannten Betrag monatlich von meinem Konto abzubuchen:

Name: _____

Kto: _____

Straße: _____

bei: _____

Ort: _____

BLZ: _____

Telefon / E-Mail: _____

Datum, Unterschrift: _____



Projekt „Spurensuche“

Zur Verfolgungsgeschichte von Sinti und Roma in der Region NRW

von Martin Dietzsch

Die Tatsache, dass in der NS-Zeit ein Völkermord an Sinti und Roma stattgefunden hat, dringt erst seit wenigen Jahren allmählich in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Symbolisch steht für diesen Bewusstseinswandel das zentrale Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas, das in Berlin Ende 2012 eingeweiht wurde. Im Bereich der politischen Bildung gibt es erste Versuche, auch diese Opfergruppe in die Erinnerungsarbeit einzubeziehen.

Tagesaktuelle Brisanz hat das Thema angesichts des massiven und bedrohlichen Wiederaufkommens antiziganistischer Klischees, Vorurteile und Praxen in Bezug auf die Einwanderung von Bürgerinnen und Bürgern aus Südosteuropa, deren Armut mit ihrer vermeintlichen ethnischen Zugehörigkeit zu den Roma gerechtfertigt wird.

Im Rahmen des Projekts „Spurensuche“ möchten wir Pädagoginnen und Pädagogen unterstützen, die das Thema Diskriminierung und Verfolgung von Sinti und Roma im Rahmen ihrer Bildungsarbeit thematisieren wollen. Zu diesem Zweck erarbeiten wir eine Broschüre, die kostenlos online zur Verfügung gestellt werden wird, und Lehrenden und Jugendlichen den Zugang zur Thematik und zur Auffindung von Material und Arbeitswegen erleichtert. Dabei werden Themen angerissen wie: Antiziganismus, die Kontinuität der Diskriminierung und Verfolgung, die Politik der Nazis gegenüber sogenannten „Zigeunern“, die mangelnde Rehabilitierung der Überlebenden nach 1945.

Anhand des Beispiels der Region Duisburg wird exemplarisch aufgezeigt, wo eine Spurensuche zum Thema ansetzen könnte. Welche Bücher, Dokumen-

tarfilme, Websites und andere Quellen sind empfehlenswert? Was ist über die Geschichte der Verfolgung in Duisburg bisher erforscht? Welche Zeitzeugenberichte gibt es? Wo sind die Orte, die in der Stadt relevant waren? Welche Archive, Bibliotheken und Institutionen kann man für eigene Recherchen nutzen? Mit welchen AnsprechpartnerInnen in Museen, bei Selbstorganisationen und in der Wissenschaft kann man sprechen? Welche Ideen für die didaktische Vermittlung sind empfehlenswert?

Die bisherigen Ergebnisse des Projekts werden auf einem Workshop am 23.11.2013 vorgestellt und mit Erfahrungen von Akteurinnen und Akteuren aus der Praxis rückgekoppelt.

Martin Dietzsch ist Mitarbeiter im DISS und leitet dort das Archiv „Extrem rechte Publikationen“.